

## Ostmärkische Tageszeitung



## Anzeiger für Stadt und Land.

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den  
Inhalt. Reichs-Postämtern vierteljährlich 2,75 Mk., monatlich 92 Pf., ohne Zustellungsgebühr;  
für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- für den Ausgabestellen ab-  
geholt, vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 85 Pf., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,00 Mk.,  
monatlich 1,00 Mk. Einzelheft (Beilage) 10 Pf.

Anzeigenpreis die 6 gepaltene Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., für Stellenangebote und  
-Gehalte, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 15 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen  
außerhalb Westpreußens und Posen und durch Vermittlung 20 Pf.) für Anzeigen mit Maß-  
vorricht 25 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle  
folgenden Anzeigenvermittlungstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der  
Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

(Thurner Presse)

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Rathhausstraße Nr. 4.  
Fernsprecher 57.  
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn.“

Thorn, Sonnabend den 8. Dezember 1917.

Druck und Verlag der E. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinr. Wartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche  
Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einblendungen werden nicht aufbewahrt, unerlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigelegt ist.

# Der Weltkrieg.

## Amtlicher deutscher Heeresbericht.

Berlin den 7. Dezember (W. L.-B.).

Großes Hauptquartier, 7. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Das im Oprenbogen zeitweilig stärkere Feuer dehnte sich nach Süden bis zur Sys aus. Auf dem Südufer der Scarpe war der Artilleriekampf am Abend gesteigert. Zwischen Graincourt und Marcoing führten kleinere Unternehmungen zur Verbesserung unserer Stellungen. Das Gehöft La Justice wurde erstürmt, Marcoing vom Feinde gesäubert. Nordöstlich von La Baquerie behaupteten wir unsere Stellungen in erbitterten Kämpfen gegen englische Handgranateneingriffe. Vorübergehend eindringender Feind wurde im Gegenstoß geworfen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Auf beiden Maasufeln war die Feuerintensität am Nachmittag lebhaft.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Rheinische Landwehr brachte von tühmem Vorstoß in die französischen Gräben im Walde von Apremont 20 Gefangene ein.

Leutnant Müller errang seinen 36. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts besonderes.

Mazedonische Front:

Geringe Geschäftstätigkeit.

Italienische Front:

In Ausnutzung ihrer Erfolge haben die Truppen des Feldmarshalls Conrad den Monte Sismol erstürmt. Die Zahl der in den Sieben Gemein- den gemachten Gefangenen hat sich

auf 15 000 erhöht.

Der Erste General-Quartiermeister: Ludendorff.

## Die Waffenstillstands-Behandlungen.

Berlin, 7. Dezember. Amtlich. Vertreter der vier verbündeten Mächte und die zurückgebliebenen Mitglieder der russischen Delegation hielten gestern Vormittag und Nachmittag Kommissionsitzungen ab, in denen die Redaktion der Sitzungsprotokolle und die Vorarbeiten für die kommenden Vollsitzungen abgeschlossen wurden.

er sich wohl bewußt, die Wahlrechtsreform werde sicherlich einen entscheidenden Wendepunkt in der preußischen Geschichte bilden, auch sei ihm bekannt, daß sie in den Kreisen, für die Preußens Wohl Lebensaufgabe und Gewissensfrage sei, schmerzlich empfunden wird. Trotzdem müsse das Opfer gebracht werden, selbstverständlich aber stehe dem Hause das Recht der sachlichen Prüfung vollkommen zu. Wie alles, was aus dem Munde dieses geistvollen Staatsmannes kommt, wirkte auch diese Antrittsrede nicht aufreizend, obwohl sich der Redner nicht hatte verlagern können, auf ein bekanntes Bismarckwort über das preußische Wahlrecht zurückzugreifen, über welches Wort die Alten jedenfalls längst geschlossen sind. Um so schärfer aber wirkte das, was der preußische Minister des Innern zu sagen wußte. Sachliches zur Begründung der Vorlage vermochte er nicht vorzubringen, auch war es ihm nicht gegeben, so an die Stimmung des Hauses zu appellieren, daß er seiner willigen Mitarbeit versichert sein könnte. In seinen Händen wäre jedenfalls das Schicksal Preußens nicht gut aufgehoben, wenn das Abgeordnetenhaus nicht auf dem Platze wäre.

Berliner Pressstimmen.

Soweit sich die Berliner Blätter über den ersten Tag der Wahlrechtsdebatte im Abgeordnetenhaus äußern, überwiegt die Meinung, daß der Mittwoch nur der Anfang langer Kampfreden war. Die „Germania“ sagt: Auch die nächsten Tage würden das Schicksal der Vorlage nicht endgiltig zu ent-

scheiden vermögen. Dies werde vielmehr erst bei den Kommissionsberatungen geschehen können.

In der „Volkszeitung“ wird es als erfreulich bezeichnet, daß insofern bereits Klarheit gewonnen wäre, als die Regierung gewillt sei, in der Kernfrage der Reform des gleichen Wahlrechts feste Entschlossenheit zu zeigen. Das Blatt beglückwünscht die Regierung des Grafen Hertling zu ihrer Entschlossenheit und meint, die Rede des Ministers des Innern habe gezeigt, daß Dr. Drews ein Staatsmann sei, der die Zeichen der Zeit verstehe. Sie atmete den neuen Preußengeist des Schützen-grabengeschlechts.

Die „Voss. Ztg.“ sagt: Der preußische Ministerpräsident habe seine Prüfung im Abgeordnetenhaus mit der gleichen Gewandtheit bestanden wie der Reichskanzler vor ein paar Tagen. Worauf es hauptsächlich ankomme, sei, daß er auf parlamentarischem Boden zu stehen wisse.

Der „Berl. Lokalanz.“ führt aus: Die Anhänger des gleichen Wahlrechts möchten am liebsten den Anhängern einer gemäßigteren Wahlreform das Recht zur geordneten Geltendmachung ihrer Überzeugung absprechen, aber im Abgeordnetenhaus würden sie mit dieser Taktik wenig Glück haben.

Über den zweiten Tag der Wahlrechtsdebatte haben die Berliner Blätter die Bedeutung der Rede des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg hervor. Die „Germania“ meint: Wenn die Auffassung sich nicht ganz gewaltig zugunsten der Vorlage oder doch ihres Grundgedankens wan-

delte, so würde nach der überwiegenden Meinung von gestern das gleiche Wahlrecht durch eine Mehrheit fallen. Aber so pessimistisch will der Vizepräsident des Staatsministeriums die Lage nicht angesehen wissen. Er hofft, ohne die sich ankündenden Schwierigkeiten zu unterschätzen, auf eine Verständigung. In welcher Richtung sie kommen soll, hat er freilich noch nicht angedeutet. Das wäre vielleicht noch verfrüht.

Das „Berl. Tageblatt“ sagt: Der Eindruck der Erklärung Friedbergs im Hause war tief. Es scheint in der Tat nicht ausgeschlossen, daß sich allmählich ein Kompromiß, bestehend aus den Freikonserverativen, den Nationalliberalen und dem Zentrum, herauskristallisiert.

## Die Kämpfe im Westen.

Deutscher Abend-Bericht.

W. L.-B. meldet amtlich:

Berlin, 6. Dezember, abends.

Südwestlich von Cambrai wurde Marcoing vom Feinde gesäubert.  
Von den anderen Fronten bisher nichts Neues.

Französischer Heeresbericht.

Der amtliche französische Heeresbericht vom 5. Dezember abends lautet: Der Artilleriekampf war eine kurze Zeit lang in der Gegend von Craonne lebhaft, hält im Abschnitt Montonvillers an und war heftig auf der Beaumont-Front. Am Josses-Walde südlich Zwincourt versuchte der Feind einen Handstreich auf unsere kleinen Posten, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Von der übrigen Front nichts zu melden. In der vergangenen Nacht wurde Dünkirchen durch feindliche Flugzeuge mit Bomben beworfen. Zwei Personen der Zivilbevölkerung wurden getötet.

Ueber die schwere englische Niederlage bei Cambrai berichtet W. L.-B.: Nach dem blutigen Scheitern der 16 großen Panzerdivisionen, die nach englischem Eingeständnis der Eroberung der deutschen U-Bootbasis galten, in denen die Mitte des englischen Heeres nutzlos geopfert wurde, wollten die Engländer mit ihrer Offensive auf Cambrai noch einmal versuchen, die Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen. Sie spielten La Banque. Nach anfänglichem Geländegewinn, den die Gloden St. Pauls dem englischen Volk als großen Sieg verkündeten, hat sich dieser angebliche Erfolg zu einem schweren Zusammenbruch englischer Hoffnungen gestaltet. Durch untern am 30. November einlegeten dauernden Gegenstoß und unser anhaltendes Artilleriefeuer und zermürbt durch steten Geländeverlust teuer erkauften Bodens, vermochte der Engländer dem Druke der deutschen Truppen nicht mehr standzuhalten und wich aus einem großen Teile seiner Stellungen nach schwersten Verlusten zurück. Unser tonzentrisches Feuer von drei Seiten begünstigte die dichten Kolonnen des weichen Feindes. Im schärferen Nachdrängen nahmen unsere Truppen die Dörfer Graincourt, Anneux, eroberten ferner Cantain, Nogels, sowie das hebrersche Höhenplateau des Bois de Neufs. Auch südlich Marcoing wurden im Handgranatentampfe ebenfalls unsere Linien weiter vorgeschoben. Andere Flieger griffen wirksam mit Maschinengewehr und Bomben den zurückgehenden Gegner an und fügten ihm dauernd schwere Verluste zu. Unter den mehr als 9000 Gefangenen der Schlacht von Cambrai befinden sich 208 Offiziere. Außer den 148 Geschützen und 716 Maschinengewehren wurden zahlreiche Tante erbeutet, die in großer Anhäufung zertrümmert und zerhoben das Schlachtfeld bedecken. Die außergewöhnlich schweren Opfer, die das britische Heer hier in den heißen Kampftagen bringen mußte, konnten an den unzähligen Leichen gefallener englischer Krieger festgestellt werden, die auf den Höhen, in den Wäldern, in den Dörfern und Gehöften, vor allem aber im Bourlon-Walde, liegen blieben. Um dieses Waldgelände, das englische Gefangene als Bourlon-Hölle bezeichnen, ist in all den Tagen erbittert gekämpft. Der geschlagene Feind ist nicht davor zurückgeschreckt, während seines Rückzuges rücksichtslos die geräumten Dörfer seines französischen Bundesgenossen in Brand zu stecken und durch Sprengung zu vernichten. Ganze Teile der dicht bewohnten französischen Stadt Cambrai behoch er mit schwerem Kaliber und belegte sie mit zahlreichen Bomben. Er richtete dort schwere Zerstörungen an und rief, statt unter deutschen Soldaten, erhebliche Verluste unter der französischen Zivilbevölkerung hervor. Der durch die schwere Niederlage erlittene Rückschlag bei Cambrai und die angerichteten nutzlosen Verwüstungen werden

nicht dazu dienen, das Vertrauen der Franzosen zu diesem Bundesgenossen zu erhöhen, den allein die schwere Verantwortung für die Verlängerung des Krieges und für den damit verbundenen Massenmord und die Verwüstung reichlicher französischer Landes seit dem 12. Dezember 1913 trifft.

#### Märzung in der französischen Presse

Aber den deutschen Erfolg bei Cambrai.  
Die deutschen Angriffe bei Cambrai werden von der französischen Presse als Operationen von beträchtlicher Bedeutung gewürdigt. Die Lage sei nicht so kritisch gewesen. Der „Information“ zufolge waren deutsche Abteilungen nördlich von dem Angriffsbereich bis an die Linie Bapaume-Cambrai vorgedrungen und nur durch Einsatz aller verfügbaren Kräfte an der Vereinfachung mit den aus dem Süden nachrückenden Truppen verhindert worden. Südlich des Angriffsraumes hatten die Deutschen im Ansturm mehrere Kilometer durchgedrungen und waren bis zur Zone der englischen Batterien durchgedrungen. Ein hier einsetzender Gegenstoß habe verhindert, daß den Deutschen noch mehr Geschütze in die Hände fielen. Einige Blätter, darunter der „Matin“, hebt hervor, daß hinter den englischen Linien amerikanische Soldaten als Pioniere beschäftigt waren, die beim Gegenangriff mit eingegriffen und erhebliche Verluste erlitten. Die Deutschen haben wieder einmal aus unserer Unterlegenheit Nutzen gezogen und gezeigt, daß eine wirkliche Allianz einseitig bei uns nicht bestehe, und daß dieser Fehler geradezu als unheilbar erscheint.

#### Schwedische Presstimme.

„Nieuws van den Dag“ schreibt: Die Bedeutung der deutschen Offensiv bei Cambrai darf nicht unterschätzt werden, wenn es auch im allgemeinen wenig bedeutet, ob einige Dörfer westlich von Cambrai in deutschem oder englischem Besitz sind. Die Bedeutung liegt jedoch in der unverminderten defensiven Kraft der deutschen Armee, die hier mit verhältnismäßig schwachen Kräften der ganzen englischen Armee trotzt. Der Verlust der 6000 Mann ist ein harter Schlag für die Engländer und eine bittere moralische Niederlage. Die Kämpfe sind noch nicht beendet, und neue Überraschungen wären nicht unmöglich.

#### Der italienische Krieg.

Der österreichische Tagesbericht vom 6. Dezember meldet vom italienischen Kriegsschauplatz:

Der Feind hat auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden eine schwere Niederlage erlitten. Am 4. früh brachen nach mächtiger Artillerievorbereitung, an der auch deutsche Batterien mitwirkten, die Truppen des Generalfeldmarschalls Conrad zum Angriff gegen die Gebirgsstellungen des Meletta-Gebietes vor. In gewaltiger Abwehrlage angelegte, reich ausgestattete Abwehreinrichtungen stützten die mit aller Fähigkeit geführte Verteidigung; hoher Schnee und strenge Kälte erschweren das Vormarschkommen. Aber sorgfältige Angriffsvorbereitung und die Tapferkeit unserer aus allen Teilen Österreichs und Ungarns stammenden Angreifer wußten jedweder Gegenwirkung Herr zu werden.

Vorgestern früh fielen der Monte Badesecca und der Monte Lombardcar; am Mittag stand das Kaiserjäger-Regiment Nr. 3 auf dem Monte Miela, gegen Abend brach vor unserem umfassenden Ansturm der italienische Widerstand auf der Meletta zusammen. Die von Bastagna heraufziehenden Verstärkungen des Gegners wurden durch östlich der Brenta stehende Batterien in der Flanke geschnitten.

In den gestrigen Morgenstunden verlor nach erbittertem Ringen der Feind den Monte Zomo und die Rückhaltstellung bei Foga, um 2 Uhr nachmittags streckte, seit 24 Stunden völlig eingeschlossen, die tapfere italienische Besatzung auf dem Monte Castiglomberto die Waffen. Alles Gelände nördlich der Frenzela-Schlucht ist in unserer Hand.

Nebst großen blutigen Opfern kühlten die Italiener an diesen zwei Tagen über 11 000 Mann an Gefangenen und über 60 Geschütze ein. Unsere Verluste sind, dank unserer geschickten Kampfführung, gering.

Bei Senjon, wo wir seit Wochen auf dem westlichen Flankensüder stehen, brach am 4. Dezember das auf allen Kriegsschauplätzen hervorragend bewährte Egerländer Infanterie-Regiment Nr. 73 mehrstündigen Anstürmen überlegener Kräfte siegreich stand.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hoefler, Feldmarschallleutnant.

#### Italienischer Heeresbericht.

Der amtliche italienische Heeresbericht vom 5. Dezember lautet: Nach heftigem Zerwürfungsfeuer machten die feindlichen Massen einen doppelten Angriff auf unsere Stellungen auf der Meletta. Der erste Angriff brach sich am Nachmittag endgültig in dem Abschnitt am Monte Silemol und an den südwestlichen Hängen der Meletta Gallo, wo die Angreifer nach heftigen Kämpfen mit großen Verlusten abgeschlagen wurden und einige hundert Gefangene verloren. Ein zweiter, von Nordosten her angelegter Angriff wurde mit starken Kräften und hartnäckig zwischen dem Monte Lombardcar und dem Monte Badesecca durchgeschlagen. Nach erbittertem Kampfe, der sich bis in die ersten Morgenstunden ausdehnte, gelang es dem Gegner, einige Schützengraben zu besetzen, und wir gaben einige der vordersten Teile unserer Linie auf.

Kaiser Karl wieder an der italienischen Front.  
Wie aus Wien gemeldet wird, hat der Kaiser sich Donnerstag früh an die Südwestfront begeben.

#### Vorrücken der italienischen Hilfstruppen an die Front.

Den „Basler Nachrichten“ zufolge wird gemeldet, daß die französischen Truppen in Italien in nächster Zeit mit den Deutschen in Fühlung treten werden. General Foyatles wird persönlich in die Frontlinie führen. Der italienische Generalissimo Diaz habe vorgestern zwei französische Bataillone beschäftigt, die an die Front rückten.

#### Cadorna dementiert.

Cadorna sieht sich persönlich veranlaßt, durch die italienische Telegraphen-Agentur energisch die Gerüchte zu dementieren, wonach ihm die Brandmarkung gewisser italienischer Truppenteile zugesprochen wird. Verschiedene Blätter haben diese Gerüchte verbreitet.

#### Die Kämpfe im Osten.

Der österreichische Tagesbericht.  
Amtlich wird aus Wien vom 6. Dezember gemeldet:

#### Südlicher Kriegsschauplatz:

Gestern wurde zwischen Rußland und den Verbündeten eine zehntägige Waffenruhe vereinbart. Beginn für alle russischen Fronten am 7. Dezember, 12 Uhr mittags. Die Waffenstillstandsverhandlungen dauern fort.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Hoefler, Feldmarschallleutnant.

#### Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Der österreichische Tagesbericht vom 6. Dezember meldet vom südöstlichen Kriegsschauplatz:  
Nichts Neues.

#### Der türkische Krieg.

#### Türkischer Heeresbericht.

Der amtliche türkische Heeresbericht vom 5. Dezember lautet: Sinaifront: Die Kampfhandlungen beschränkten sich auf mittelstarkes Artilleriefeuer an verschiedenen Stellen der Front. Die schon berichteten Kämpfe um Beirut-Höhen waren sehr erbittert. Der Feind erlitt schwere blutige Verluste. 3 Offiziere, 45 Mann wurden als Gefangene eingebracht.

Ankunft des ersten nationaljüdischen Regiments.  
„Times“ melden, daß das erste nationaljüdische Regiment in Palästina angekommen ist.

#### Die Kämpfe zur See.

#### Neue U-Boot-Bente.

W. L. B. meldet amtlich:  
Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote neuerdings 13 000 Brutto-Registertonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete Dampfer, von denen einer schwer beladen war, sowie das englische Fischerfahrzeug „Premier“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

#### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 6. Dezember.

Am Regierungstische: Dr. Friedberg, Drews, Fertg.

Präsident Dr. Graf von Schwerin-Widm.  
Eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.  
Die allgemeine Besprechung der

#### Wahlrechtsreform-Vorlagen

wurde fortgesetzt.

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Den preussischen Ministerpräsidenten werden wir mit freundlicher Wachsamkeit in seiner Tätigkeit verfolgen und werden davon unsere Stellungnahme abhängig sein lassen. Aber die Stellung meiner Fraktion zu der Vorlage kann ich jetzt noch nicht sagen. (Hört, hört!) Wenn ich es könnte, würde ich es vielleicht nicht tun wollen. Wir haben früher die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechtes außerordentlich stark betont. Von 1904 bis 1913 sind von uns nicht weniger als acht Anträge gestellt worden, die eine sehr starke Änderung erzielten. Früher hatten wir in den Reihen unserer Parteien wohl niemanden, der sich zu dem gleichen Wahlrecht bekannte. Jetzt steht ihm ein Teil freundlich gegenüber. (Zurufe und Hört, hört!) Aber auch dieser Teil meiner Freunde wünscht nicht, daß die gebildete und besitzende Bürgerschaft, die Träger unserer Kulturtradition, von den Massen einfach unterdrückt werden. (Hört, hört!) Worin diese Sicherung zu bestehen hat, das werden die Kommissionsberatungen zeigen. Die große Mehrzahl meiner Fraktion hat sehr große Bedenken. Wenn wir in Preußen, im größten Bundesstaat, das gleiche Wahlrecht bekommen, so werden auch die anderen Bundesstaaten es einführen müssen, und das kann sehr bedenklich sein. In Sachsen sind bei der letzten Reichstagswahl weit über 50 Prozent sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, wir haben auch in einigen anderen kleineren Bundesstaaten sozialdemokratische Mehrheiten. Es fragt sich, ob wir tatsächlich in einem so zusammengefügten Landtag würden arbeiten können. Dazu kommt die Rückwirkung auf die Gemeinden. Die Regierung will alle Mittel anwenden, das gleiche Wahlrecht durchzuführen; aber wir können doch mit der Regierung über die Fragen des proportionalen Wahlrechtes und der Einführung der Wahlpflicht verhandeln.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.): Ein demokratisches, vernünftiges Preußen, das nicht eine Hans-Dampf-Politik getrieben hätte, hätte es nicht zu diesem grauenvollen Kriege kommen lassen. Das preussische System muß beseitigt werden. Wichtig ist, daß der schwere Ernst der Zeit im Juli uns diese Vorlage gebracht hat. Sie sagen, die Vorlage des Landes soll ausgenutzt werden sein. Aber Sie (zur Rechten) und die Unfähigkeit der Regierung haben das Land erst in diese Notlage gebracht.

Präsident: Ich kann nicht dulden, daß solche das nationale Empfinden verletzende Äußerungen gemacht werden. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Ströbel (fortfahrend): Für die Gleichheit des Wahlrechtes wäre doch Gleichheit der Wahlkreise erste Voraussetzung. Das Zentrum will aber diese Ungleichheit beibehalten. Wird der freieschaffende Krieg als Eroberungskrieg fortgesetzt, dann werden Sie erleben, was Ausland erlebt hat.

(Große Unruhe rechts.) Das Ausland hat ein Recht, von Deutschland demokratische Friedensgarantien zu verlangen. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Dem deutschen Volke müssen endlich die ihm gebührenden Rechte eingeräumt werden; es will nicht länger der Partia der Menschheit sein. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der Präsident unterbrach die Verhandlung, um die neueste Meldung des Generalstabes mitzuteilen, die mit wiederholtem förmlichem Beifall aufgenommen wurde.

#### Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Ich möchte dem Abg. Ströbel nicht auf das Gebiet der auswärtigen Politik folgen. Nur das will ich ganz kurz sagen, daß das, was der Abg. Ströbel gesagt hat, zu dem gehört, wovon der Herr Ministerpräsident mit Recht den Ausdruck brachte, daß es dem Ausland einen Freibrief erteile zur Verlängerung des Krieges. (Lebhafte Zustimmung.) Sodann möchte ich Verwahrung einlegen dagegen, daß die Verhandlungen, die jetzt mit der russischen Regierung geführt werden, irgendwie in Bezug gesetzt werden könnten zu den inneren Fragen, die wir in diesem Hause zu erörtern haben. Das Ausland mag damit zufrieden sein, auch die russische Regierung, daß wir die feste Erklärung abgegeben haben, daß wir uns in ihre inneren Angelegenheiten unter keinen Umständen einmischen. Was wir ihnen zugestanden haben, können wir auch uns gegenüber verlangen. Der Abg. Ströbel hat davon gesprochen, daß wir im Ausland als politische Varias betrachtet würden. Der Eindruck, daß wir politische Varias seien, kann im Ausland nur durch solche Reden hervorgerufen werden, wie wir sie eben von dem Abg. Ströbel gehört haben. (Sehr gut!) Ich muß offen sagen, die Ausführungen des Herrn v. Heydebrand haben mich einigermaßen enttäuscht. Ich hatte selbstverständlich nicht erwartet, daß er ein Freund der Vorlage sei, das ist ganz undenkbar. Aber ich hätte eigentlich erwartet, in seinen Ausführungen eine gewisse Fundgrube von Widerlegungen zu finden. Aber Herr v. Heydebrand hat nur das Prinzip erörtert; einzelne Ausführungen soll ein zweiter Redner seiner Partei machen. Ich kann es verstehen, daß ihr der Sprung vom jetzigen Wahlrecht zu dem gleichen Wahlrecht nicht leicht ist. Dazu kommen noch die übrigen Bedenken auf kulturellem Gebiet, denen auch Herr Dr. Porsch und Herr Lohmann Ausdruck gaben. Auch ich habe seinerzeit Bedenken gehabt und habe sie geäußert. Aber ich habe bei all diesen Verhandlungen, die zwischen den verschiedenen Parteien geführt worden sind, immer betont, daß sich ein abgestuftes Wahlrecht nur solange aufrecht erhalten läßt, als die Regierung auf diesem Standpunkt steht.

Im demselben Augenblicke, wo die Regierung diesen Standpunkt verläßt, sind auch die anderen Parteien nicht in der Lage, auf ihrer Meinung zu beharren. Wenn wir jetzt die Vorlage zur Durchführung bringen, so geschieht es mit Rücksicht auf die gesamte politische Lage, in der wir uns befinden. (Sehr richtig! links.) Da ist zuerst die königliche Botschaft vom 1. Juli. Die tiefere Einsicht in die Beweggründe, die zu ihr geführt haben, ist mir erst jetzt zuteil geworden. (Hört, hört!) Es handelt sich hier um ein Königswort, das unbedingt eingelöst werden muß. Ich muß sagen, daß in dieser Verheißung ausgedrückt ist, daß die Krone und ihre verantwortlichen Ratgeber die verfassungsmäßigen Mittel einsehen müssen, um das Verheißene einzulösen. (Beifall links.) Meine persönliche Überzeugung ist die, daß auch das Pluralwahlrecht eine derartige Demokratisierung des Hauses ergeben haben würde, daß das Endresultat kein anderes wie bei dem gleichen Wahlrecht sein würde. Ist ein Pluralwahlrecht, das sich an den Besitz knüpft, heute noch möglich? Hier liegt der Hauptbeweggrund für die Krone und ihre Entschliebung, hier steht das große Erlebnis des Krieges ein. Kann heute noch behauptet werden, daß derjenige, der die höhere Leistung für den Staat aufgrund des Besitzes aufbringt, auch ein höheres Wahlrecht haben soll? Die Leistungen des preussischen Volkes in dem Kriege lassen sich nicht nach Geldwert abschätzen; die Opfer an Gut und Blut sind gebracht worden aus allen Volksklassen, und da kann man nicht mehr von einer höheren Leistung dessen sprechen, der mehr Steuern bezahlen kann. (Lebhafte Beifall links.) Angesichts der jetzigen Wahlrechtsvorlage muß auch Herr v. Heydebrand sagen: Mea culpa! Denn er und seine Freunde sind es gewesen, welche seit 1910 das Zustandekommen einer Wahlrechtsreform verhindert haben. (Widerspruch rechts.) In England hat, als dort seinerzeit die Wahlrechtsfrage von dem liberalen Ministerium nicht gelöst werden konnte, ein Oppositionsmann, ein Konservativer, sie seinerseits in die Hand genommen und glücklich durchgeführt; das ist die wahrhaft konservative Politik. Herrn v. Heydebrand trifft der schwere Vorwurf, daß er diesen Zeitpunkt veräußert hat. Die jetzige Wahl des Zeitpunktes und die radikale Form der Vorlage ist die Folge seiner Politik, ich habe es prophezeit, es mußte so kommen. (Große Unruhe rechts, lebhafter Beifall links.) Mit einem kurzen Wort muß ich noch auf einen Redner einsehen, der erst nach mir

sprechen wird. (Heiterkeit.) Es ist Herr v. Jellich, der in einem Artikel des heutigen „Tag“ die Wahlrechtsvorlage und die Möglichkeiten des Ausganges behandelt. Ich hätte gewünscht, er hätte diesen lieber nicht geschrieben. Er erörtert die Frage, ob die Regierung bei Ablehnung der Vorlage das Haus auflösen könne. Wir kommen friedfertig in diese Debatte, wir hoffen auf eine Verständigung und geben diese Hoffnung nicht auf. Aber daß mit der einfachen Ablehnung die Sache nicht erledigt ist, wird sich doch jeder sagen; und ob bei den Gegenwärtigen etwas herauskommt, womit die Regierung und die große Mehrzahl der Bevölkerung einverstanden ist, steht dahin. Deshalb hege ich Befürchtungen für den Fall, daß die Vorlage fällt. Ich fürchte für die bürgerlichen Parteien, für alle bürgerlichen Parteien, weil ich sie alle ohne Ausnahme für die notwendige Vertretung gewisser Volksströmungen halte, die unbedingt im Parlament zur Geltung kommen müssen. Für die bürgerlichen Parteien ist nicht allein maßgebend, daß sie sich durch innere Stärke in diesem Hause behaupten. Die Politik der nationalen Fragen wird jetzt in einer anderen Körperschaft mit einem ganz anderen Wahlsystem gemacht. Wenn die bürgerlichen Parteien ihren Halt in den breiten Massen verlieren, dann werden sie zuzufügen mit gebrochenem Rückgrat in den Reichstag einziehen. (Unruhe rechts.) Deshalb sollte jede Partei diese Frage nicht nur auffassen vom Gesichtspunkt der Zusammensetzung dieses hohen Hauses, sondern vom Standpunkt der Gesamtpartei und ihrer Vertretung im Reichstage.

Abg. Frhr. von Jellich (Freikonservativ): Die uns schriftlich und mündlich durch den Minister des Innern gegebene Begründung weist unter der letzten Uepe eine Reihe von Mängeln auf. Das Zugeständnis des gleichen Wahlrechtes wird begründet mit der Pflichterfüllung aller Teile des Volkes, mit der vaterländischen Stimmung aller seiner Glieder. Der Schluss darauf, daß es nötig ist, alle Teile des Volkes zur Mitarbeit an den Staatsgeschäften durch die Gewährung des gleichen Wahlrechtes heranzuziehen, wird gestützt durch den Hinweis auf das ethische Moment, daß im Kriege alle Teile unseres Volkes draußen und in der Heimat gleichmäßig ihre volle Pflicht erfüllt haben. Hätten wir ein Wahlrecht für den Krieg zu geben, dann könnte man dieser Argumentation folgen. Es handelt sich aber darum, ein Wahlrecht zu schaffen, das dauernd gilt, das möglichst stetig und unverändert in Kraft bleibt. Da kann man, wenn man Leistung und Gegenseitigkeit abmessen will, nicht die Leistung im Kriege zugrunde legen, sondern muß die Gesamtheit der Leistungen des einzelnen Bürgers für den Staat zum Maßstab nehmen. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir ein Mehrstimmwahlrecht konstatieren können, das den höheren Leistungen gewisser Wahlkreise entspricht.

Abg. Dr. Seyda (Pol.): Wir begrüßen den Gesetzentwurf prinzipiell sympathisch. Bei der jetzigen Vorlage erscheint uns die Entziehung des Wahlrechtes beim Wechsel der Wohnung als völlig ungerechtfertigt. Ähnlich ist es mit der Beschränkung, daß der Betreffende ein Jahr in dem Wahlbezirk gewohnt haben muß. Dadurch wird die Gleichheit der Wahl in gewissem Sinne wieder paralytisiert. Nötig ist auch eine Bestimmung, daß das Abgeordnetenhaus bei Fällung des Wahlergebnisses durch den Wahllokal nicht nur das Recht hat, die Wahl für ungültig zu erklären, sondern auch zu bestimmen, daß der Gegenkandidat gewählt ist. Hierauf verlagte das Haus die weitere Beratung auf Freitag 11 Uhr.  
Schluß nach 5 1/2 Uhr.

#### Politische Tageschau.

#### Zu den Geheimverträgen.

schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Ein Junipruch aus Lyon vom 30. November beschäftigt sich mit der Haltung Deutschlands zu der Veröffentlichung der Petersburger Geheimdokumente. Er behauptet, unsere Presse würde mit diesen Urkunden großes Aufsehen zu erheben. Das sei indessen vergeblich, denn die Dokumente stellten Frankreich nicht bloß. So erklärte es sich auch, daß die deutschen Zeitungen ihre Enttäuschung nicht verbergen könnten. Dem „Journal de Genève“ wird im Anschluß daran folgende Äußerung zugeschrieben: Es steht noch nicht fest, daß die Deutschen sich nicht mit den bis jetzt veröffentlichten Stücken zufrieden geben. Betreffs der Festlegung der Grenzen des besiegten Deutschland, fährt der französische Junipruch fort, beruhen die Abmachungen zwischen Rußland und Frankreich auf dem Prinzip des Desinteressierens. Rußland gab es Frankreich frei, nach seinem Bestehen (1) die Westgrenze des deutschen Reiches festzulegen unter der Bedingung, daß es auch ihm ermöglicht würde, seine eigene Grenze gegen Deutschland nach seinen Bedürfnissen (2) zu regeln. Im Prinzip war diese Lösung auch die natürlichste, weil die Alliierten für das europäische Gleichgewicht kämpften. Aber dies verstanden sich Rußland und Frankreich nicht gegenseitig deutsches Gebiet, sie verpflichteten sich nur, einander kein Hindernis in den Weg zu legen, was ein großer Unterschied ist. Aus dem französischen Junipruch spricht weniger die Annahme, man sei in Deutschland enttäuscht, als eine gewisse Herzenserleichterung darüber, daß die in Rußland veröffentlichten Dokumente noch garnicht das schlimmste dessen enthalten, was in den Geheimbriefen der Entente zu finden ist. Daher wohl auch der bange Seufzer des „Journal de Genève“: Es steht noch nicht fest, ob etwa noch mehr veröffentlicht werden würde. Im übrigen scheint uns, daß, wenn die französische Regierung durch die Geheimdokumente nicht schon bloßgestellt wäre, sie dies in ihrem Junipruch gründlich nachgeholt hätte, nicht etwa nur durch die Annahme, mit der sie froh der uns allenthalben günstigen Kriegslage von einem besiegten Deutschland zu reden wagt, vor allem vielmehr

durch ihr in der Fassung des Funkpruchs beson-  
ders zynisch wirkendes Geständnis zu einer Poli-  
tik des Bruchstoffs, jedes fremde Recht mißachteten  
den Raubes. Rußland hat sich schon von den  
Trägern dieser Gewaltpolitik befreit. Auch Frank-  
reich wird das einmal tun. Es hat die Wahl,  
ob es sich rechtzeitig oder zu spät zu diesem  
Entschlusse aufraffen will.

Die italienische Kammer  
wird spätestens am 12. Dezember zusamen-  
treten.

Der milde Clemenceau.  
Nach einer Meldung der „Humanität“ vom  
21. November erklärte Ministerpräsident Clemen-  
ceau einem Interviewer, in den drei Tagen, die  
er im Amt sei, habe er genug gesehen, um am  
liebsten wieder zu gehen. Es ist wohl das  
erstmals in der Geschichte, daß ein Regierungs-  
chef seine Arbeit mit einem derartigen „Geständ-  
nis“ beendigt. Aber vielleicht haben die drei  
ersten Tage Clemenceau erkennen lassen, daß die  
Wahrheit hinter dem Vorhang des sorgsam ver-  
schleierte Bildes ganz anders aussieht, als seine  
Selbstkritikphantasie ihm vorgegaukelt haben  
mag? Auch die Ereignisse, die sich seitdem in  
Italien, Rußland und Flandern abgespielt haben,  
waren recht geeignet, seinen Optimismus abzu-  
kühlen.

Landesausschuß für englische Schifffahrt.  
„Reuter“ meldet: Um ein besseres Einver-  
nehmen zwischen den Reedern und den Angestellten  
in der englischen Handelsmarine herzustellen  
und Englands Vorkriegsflotte zur See behaupten  
zu können, ist ein Landesausschuß für Schifffahrt  
eingesetzt worden, mit der Aufgabe, Meinungs-  
verschiedenheiten zwischen den Reedern und den  
Seeleuten zu verhilfen oder beizulegen und  
Löhne und Arbeitsbedingungen festzusetzen.

Englische Friedensregungen.  
„Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge  
schreibt Nicholson in den „Daily News“:  
Die Führer der liberalen Partei hatten sich im  
Unterhause versammelt. Die durch Lansdownes  
Brief entstandene Lage wurde besprochen, der  
Geist des Briefes allgemein gebilligt und zuge-  
geben, daß es wünschenswert wäre, die Kriegs-  
ziele der Alliierten und die Bedingungen für eine  
Beendigung des Krieges bestimmen auszusprechen.  
Von konservativer Seite ist die Lösung ausge-  
gangen worden, die ganze Angelegenheit ruhen zu  
lassen.

Das polnische Kabinett.  
Das polnische Ministerium wird sich, nach  
dem „Lagebl.“, wie folgt zusammensetzen:  
Janicki (Inneres), Aufowicki (Justiz), Brudjinski  
(Kultur), Mikulowski-Pomorski (Landwirtschaft),  
Dr. Michalski (Finanzen), Popowski (Verkehr),  
und Staniszewski (Nahrungsmittel); Ludwig  
Gorski, der Direktor der Militärkommission, trat  
zurück.

Amerika und Niederländisch-Westindien.  
„Nieuwe Rotterdamse Courant“ demotiert  
entschieden die Gerüchte, daß die Vereinigten  
Staaten sich erboten hätten, Niederländisch-West-  
indien um 5 Milliarden Gulden zu kaufen.

13 1/2 Milliarden Staatshaushaltsvoranschlag  
in den Vereinigten Staaten.

Das Reutersche Büro meldet aus Washington:  
Der dem Kongreß vorgelegte Staatshaushalts-  
voranschlag fordert 13 1/2 Milliarden Dollar.  
Dies ist die größte Vorlage in der Geschichte des  
amerikanischen Volkes, über 11 Milliarden, da-  
von werden für Kriegszwecke verlangt. Die  
Voranschläge für Heer und Flotte betragen 6615  
Millionen bzw. 1014 Millionen, während für  
die Signaldienste einschließlich des Flugwesens  
1138 Millionen verlangt werden, darunter 640  
Millionen für die Luftflotte.

## Deutsches Reich.

Berlin, 6. Dezember 1917.

Der Bundesrat ist am Donnerstag zu  
einer Sitzung zusammengetreten.

Auf eine Anfrage Zubeis wegen der Er-  
satzpflicht bei Explosionskatastrophen (Unglück in  
Adlershof) hat der Reichszentralrat geantwortet,  
daß die Heeresverwaltung eine rechtliche Haft-  
pflicht für die bei der Explosion in Adlershof ent-  
standenen Schäden nicht anerkennt.

## Provinzialnachrichten.

In Graubünden, 5. Dezember. (Zu dem Selbstmord  
eines jungen Mädchens in der Weichsel erfahren  
wir, daß es sich um die Tochter eines hiesigen Ge-  
schäftsmannes handelt, die aus Verzweiflung über  
eine langwierige Krankheit durch den Sprung von  
der Brücke ihrem Leben ein Ziel gesetzt hat.)

Neumarkt, 4. Dezember. (Stiftung.) Der Kur-  
arzt Dr. Kettel in Franzensbad, Sohn des früheren  
Brauereibesizers Kettel in Neumarkt, hat der Stadt  
Neumarkt 10 000 Mark in fünfprozentiger deutscher  
Kriegsanleihe vermacht, und zwar zu Stipendien  
für Schüler des Progymnasiums und für Armen-  
unterstützungszwecke.

Stallupönen, 4. Dezember. (2 Jahre Gefängnis  
für fahrlässige Tötung.) Vor der Strafkammer  
hatte sich die Arbeiterwitwe K. aus Groß Wannen-  
gaden wegen fahrlässiger Tötung ihres unehelichen  
Kindes zu verantworten. Sie wurde zu 2 Jahren  
Gefängnis verurteilt.

Memel, 6. Dezember. (Bürgermeisterwahl.) Zum  
zweiten Bürgermeister unserer Stadt wurde von  
28 Wählern mit 16 von 22 abgegebenen Stimmen  
Magistratsassessor Dr. Grabow-Stettin gewählt.

Graupfad, 4. Dezember. (Niederträchtige Tat  
eines Kriegsgefangenen.) Acht gute Pferde sind  
auf dem Rittergute Groß Lissen in kurzen Zwischen-  
räumen eingegangen. Die Todesursache konnten  
sich der zugezogene Tierarzt und die Leute selbst  
nicht erklären. Jetzt hat sich herausgestellt, daß ein  
auf dem Gute beschäftigter russischer Kriegs-  
gefangener den Pferden in unerhörter Weise Ver-  
letzungen, die äußerlich nicht sichtbar waren, beige-  
bracht hatte. Die Pferde hatten einen Wert von  
über 30 000 Mark.

## Westpreussische Provinzialsynode.

(Zweiter Tag.)

Der Verhandlungstag am Mittwoch brachte zu-  
nächst eine Anzahl geschäftlicher Vorlagen des  
königl. Konsistoriums und des Synodalvorstandes  
zur Erledigung. Für die Kreisdiakonikerhand-  
lung und König wurde die Zahl der Laien-  
mitglieder um je 1 vermehrt. Aus den der Provin-  
zialsynode zur Verfügung stehenden Kollekten wur-  
den an 51 bedürftige Gemeinden der Provinz für  
Tilgung von Kirchenschulden u. a. im ganzen rund  
25 000 Mark verteilt. Der Haushaltsplan, der in  
Einnahme und Ausgabe mit 1 255 692 Mark ab-  
schließt, wird angenommen. Derselbe setzt für kirch-  
liche Ausgaben provinzieller Art u. a. jährlich aus:  
für die Anstellung von Kreisdiakonikaren 9900  
Mark, zur Hebung der Kirchenmusik und des  
Kirchengesanges 1400 Mark, für Taufstamm-  
buchführung 1500 Mark, Schwerhörigenfürsorge 500  
Mark; der Jahresbeitrag an den Ev. Preisverband  
für Westpreußen wurde auf 2500 Mark erhöht, für  
die evangelische Jugendpflege unterer Provinz wer-  
den im ganzen 4400 Mark bewilligt. Für die Er-  
richtung eines Lutherheims für Theologiestudierende  
in Königsberg wird eine Kirchengeldleihe genehmigt,  
außerdem eine einmalige Gabe von 10 000 Mark,  
wärm befürwortet von Generalsuperintendenten  
D. Reihard, der auf die Wichtigkeit, für einen  
tüchtigen theologischen Nachwuchs zu sorgen, hinwies.  
Sind doch fast 25 Prozent der westpreussischen Kan-  
didaten der Theologie im Kriege bisher schon ge-  
fallen, und 10 Prozent der westpreussischen Pfarr-  
stellen unterer Provinz sind zurzeit verwaist. Regie-  
rungspräsident Dr. Schilling tritt für eine recht  
enge Verbindung zwischen kirchlicher und staatlicher  
Jugendpflege ein. Generalsuperintendent D. Reihard  
stimmt dem grundsätzlich bei, jedoch mit der  
Bedingung, daß man von der kirchlichen Jugend-  
pflege niemals ein Aufgeben ihrer seit Jahrzehnten  
geschichtlich entwickelten und bewährten Eigenart  
verlange. — Zum Schluß der Verhandlungen dankte  
der Präses den Mitgliedern der Synode, insbeson-  
dere dem Einigl. Kommissar Präsident Peter für  
sein wiederholtes Eingreifen in die Verhand-  
lungen, ebenso dem Generalsuperintendenten D.  
Reihard. Nochmals wurde, wie bei Beginn, des  
Kaisers gedacht und die Synode dann mit Gebet  
geschlossen.

## Localnachrichten.

Zur Erinnerung 8. Dezember. 1916 Überhäu-  
tung der Donau durch bulgarische Truppen bei  
Lokran. Ernennung Lloyd Georges zum eng-  
lischen Ministerpräsidenten. Abdankung des fran-  
zösischen Generals Joffre. 1915 Befreiung von  
Dhrida, Ditra, Stoja. 1914 Seeschiff bei den  
Falklandinseln. Untergang des deutschen Kreuzer-  
geschwaders unter Graf Spee. 1913 Empfang deut-  
scher nach der Rückkehr abgehender Offiziere durch  
Kaiser Wilhelm II. 1907 König Oscar von  
Schweden. 1895 Sieg der Abschnier über die Ita-  
liener bei Amba Alaba. 1881 Brand des Wiener  
Kingsheaters. 1870 Niederlage der französischen  
Loirearmee bei Beaugency. 1869 Vatikanisches  
Konzil zu Rom. 1857 Herzog Johann Albert  
von Mecklenburg-Schwerin. 1848 Rußn, General  
der Artillerie.

Thorn, 7. Dezember 1917.

(Das Eisenerz) erster Klasse  
haben erhalten: Oberstleutnant Musculus und  
Kapitän S. Klowe von der Kaiserl. Werk in  
Danzig. — Mit dem Eisenerz Kreuz zweiter  
Klasse wurden ausgezeichnet: Musikf. Lothar  
Jagermann (Inf. 176); Geheimer Emil Paul-  
us aus Aufdorf bei Reibitz; Kreis Briefen;  
Hornist Ernst Dombrowski aus Gohlfersgaden;  
Kriegsinvalide Theodor Müller aus Al. Laryen  
bei Graubund; Obergefreiter Paul Mallon und  
dessen Bruder, Torpede-Obermatrose Karl Mal-  
lon aus Sackau, Kreis Graubund; Musikf. er  
Fritz Klingner aus Topolitz, Kreis Schmetz.  
Der kaiserliche Eisenerz Halbmond ist dem Ge-  
freiten Hans Hippke aus Graubund verliehen  
worden, der auch bereits Inhaber des Eisenerz  
Kreuzes 2. Klasse ist.

(Das Verdienstkreuz für Kriegs-  
hilfe) haben erhalten: Oberstleutnant Viberich,  
Jollinspektor Dr. Knezer, beide aus Danzig; Ober-  
postkontrollor Link in Reibitz; Jollinspektor  
Spinner in Thorn; Jollinspektor Suttka in  
Strasburg; Jollinspektor Schaudin in Neuzittun;  
Jollinspektor Kreuzer in Pilschtra.

(Personalveränderungen in der  
Armee.) Zum Oberst befördert: der Oberst-  
leutnant J. D. Freiherr von Reichenstein, zu-  
erst Major beim Stabe des 1. Infanterie-Regts. 4.

(Einstellung der Weichsel-Schiff-  
fahrt.) Infolge starken Treibeises ist die Schiff-  
fahrt auf der Weichsel eingestellt. Die Schiffe  
haben bereits den Winterhafen aufgesucht; die  
letzten, die noch im Flußhafen liegen, sollen in die  
Dreuzung geschleppt werden. Der Frägedampfer ver-  
kehrt noch bis 9 Uhr abends.

(Thorner Stadttheater.) Aus dem  
Theaterbüro: Morgen, Sonnabend, geht bei er-  
mäßigten Preisen zum letzten male das reizende  
Lustspiel „Der Gatte des Fräuleins“ in Szene. Der  
Sonntag Nachmittag bringt bei ermäßigten Preisen  
„Die verunkelte Glocke“, während am Abend „Der  
Soldat der Marie“ zur 4. Aufführung gelangt.  
Das Weihnachtsmärchen kommt am Mittwoch Nach-  
mittag zur ersten Aufführung. Auf zahlreiche An-  
fragen wird zur Kenntnis gegeben, daß am Mitt-  
woch, 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, eine einmalige  
Aufführung von „Könige“ außer Abonnement  
stattfindet.

(Thorner Wochenmarkt.) Der Gemüse-  
markt war heute infolge der ungünstigen Witterung  
nur von wenigen Gärtnern besetzt, so daß er fast  
leer war. Auf dem Fischmarkt waren nur wenig  
über 2 Zentner Fische vorhanden, die schnell abge-  
kauft wurden. Auf dem Geflügelmarkt wurden nur  
von einer Händlerin einige Enten, Hühner und  
Tauben, die das Stück zu 2 Mark abgegeben wur-  
den, feilgeboten.

(Der Polizeibericht) verzeichnet heute  
keinen Arrestanten.

(Gesunden) wurden ein Hut und ein  
Regenschirm.

Aus dem besetzten Obgebiet, 2. Dezember. (Ver-  
schieden.) Den polnischen Wählern zufolge soll  
demnächst in Warschau das Butter-Monopol ein-  
geführt werden. In dieser Angelegenheit fanden  
bereits Verhandlungen mit den aus der Provinz  
eingetroffenen Buttergroßhändlern statt. Drei  
Händler sollen das Recht haben, im ganzen Be-  
satzungsgebiet die Butter aufzukaufen; sie werden  
an dem Unternehmen mit Millionen beteiligt sein.  
Die Butter soll gegen Karten verkauft werden, da

sie im freien Handel sonst nur bemittelten Leuten  
zugänglich wäre. — Vom Warschauer Polizei-  
präsidium wird der Höchstpreis für 1 Liter helles  
Warschauer Lagerbier in den Wirtschaftsbetrieben  
der 1. Klasse auf 1,70 Mark, in den Wirt-  
schaftsbetrieben der 2. Klasse auf 1,50 Mark  
festgelegt. Für den Flaschenverkauf in Läden  
ohne Ausschankberechtigung beträgt der Höchstpreis  
für das Liter Bier einschließlich Flasche 1,50 Mark.  
Bei Ausschank in Gefäßen von weniger als 1 Liter  
ist der Preis entsprechend abzukufen. Ergeben  
sich Teilbeträge, so kann der Preis auf je 5 Pfg. nach  
oben abgerundet werden. — Dem „Gontier wie-  
czorny“ zufolge sind von Salomon Montag aus  
London etwas über 150 000 Mark für arme Juden  
im Königreich Polen eingetroffen. Derselbe Herr  
Montagu hat bereits früher für den gleichen Zweck  
140 000 Mark nach Warschau geschickt.

Aus dem besetzten Obgebiet, 3. Dezember. (Eine  
Kriminalakte in Warschau) machte ein falscher  
Kriminalbeamter bei einer polnischen Bank in War-  
schau. Der Schwindler, der bürgerliche Kleidung  
trug, stellte sich zwei Bankbeamten als Krimi-  
nalbeamter vor, wies sich ihnen mit einem ge-  
fälschten Schreiben aus und forderte sie auf, ihn zu  
der Bank zu begleiten, wo er dienstlich zu tun habe.  
Der Bankverwalter, der er wieder sein Schreiben  
vorlegte, schwindelte er vor, daß er den Auftrag  
habe, den Kassenbestand vorläufig zu beschlag-  
nahmen und mitzunehmen, um zu prüfen, ob sich da-  
runter falsches Geld befindet. Die Kassenverwalter,  
die von der Fälschung des Ausweises keine Ahnung  
hatten, ließen ihn mit sich nehmen. Der Schwin-  
dler, als der angebliche Kriminalbeamte die  
Bankbeamten zu seiner Verfügung hatte, händigte  
45 000 Mark aus in der Erwartung, daß  
sie diese bald wieder erhalten werde. Erst nach-  
träglich mußte sie sich überzeugen, daß sie einem  
Gauner in die Hände gefallen war.

## Liebesgaben für unsere Truppen.

Es gingen weiter ein:  
Bei Frau Oberbürgermeister Dr. Haffe: Frau  
Barnack 50 Mark, Frau 70. Inf.-Brig. 30 Mark,  
„Odeon“-Lichtspiele 10 Mark, Frau Reich 20 Mark,  
Frau Matthes 5 Pakete für einzelne Soldaten ins  
Feld.

## Kriegswirtschaftliches.

Gegen die Zusammenlegung der Brauereien.  
Am Sonnabend fand im Reichsamt des Innern  
eine Besprechung zwischen den Mitgliedern der  
Fachkommission der deutschen Brauindustrie und  
Regierungsvertretern statt über den Beschluß der  
Kommission vom 8. November 1917, in dem  
gegen die Verordnung über die Zusammen-  
legung von Brauereibetrieben auf das energischste  
protestiert war. Die Brauereiberichter legten wie-  
der die Verwahrung gegen jede Betriebszusammen-  
legung ein. Die Regierungsvertreter ließen durch-  
blicken, daß die Verordnung bei dem dauernden  
und übereinstimmenden Widerspruch der Brau-  
industrie, sowie der Vertreter der Gastwirts-  
und Arbeiterverbände unter Umständen aufgehoben  
werden würde.

## Mannigfaltiges.

(Dammbruch am Zundersee.) Aus  
Zwolle wird vom 4. Dezember gemeldet: Bei  
Ebnruch brach infolge Sturms der Damm des  
Zundersee. Alle Bahnverbindungen zwischen  
Zwolle, Utrecht, Apeldoorn und Nunspeet sind  
unterbrochen. Einzelheiten fehlen.

(Leures Wildpret.) In Paris  
zahlte man am Eröffnungstage der diesjährigen  
Jagd für einen Hasen 36 Franken, für ein Reb-  
huhn 10 bis 12 Franken, für eine Wachtel acht  
Franken und für einen Fasan 21 Franken. So  
etwas ist wohl noch nie dagewesen.

## Sekte Nachrichten.

### Osterreichischer Heeresbericht.

Wien, 7. Dezember. Amlich wird ver-  
lautbart: Östlicher Kriegsschauplatz: Waffen-  
ruhe. Italienischer Kriegsschauplatz: Die  
Truppen des Feldmarschalls Conrad haben  
im Angriff weitere Erfolge errungen. Osterreichische  
Schützenregimenter brachen in mehr-  
stündigem erbitterten Nachkampf den feind-  
lichen Widerstand auf dem Monte Sijemol.  
Mit dem Fall dieses durch Waffen zäh ver-  
teidigten Bollwerks verlor der Italiener über  
1000 Gefangene und große Mengen von  
Kampfmitteln aller Art. Die Gesamtzahl der  
seit dem 4. Dezember östlich von Asiago ein-  
gebrachten Gefangenen ist auf 15 000 gestie-  
gen. Auch die Geschützbeute hat sich erhöht.  
Der Stellvertreter des Chefs des General-  
stabes von Hoefler, Feldmarschalleutnant.

### Graf Czernin über die äußere Politik.

Budapest, 6. Dezember. In der De-  
legation erwiderte Graf Czernin auf eine An-  
frage des Grafen Andrássy bezüglich der  
Kriegsziele, daß Osterreich-Ungarn mit

Deutschland auf der Basis eines Vertei-  
digungskrieges einig sei, wenn auch nicht zu  
vergehen sei, daß Osterreich-Ungarn sich in  
gewisser Beziehung in besserer Lage befindet  
als Deutschland, dessen Kolonien in Feindes-  
hand sind. Osterreich-Ungarn kämpfe für die  
Verteidigung Deutschlands ebenjogut, wie  
Deutschland für Lemberg und Triest gekämpft  
habe. Wenn in dem europäischen Krieg an-  
dere Konstellationen eintreten würden, würde  
er den Moment, in dem Osterreich-Ungarn  
mit seinem Verbündeten gemeinsam an an-  
deren Fronten kämpfen könnte, lebhaft be-  
grüßen. Bezüglich der bevorstehenden ameri-  
kanischen Kriegserklärung führte der Redner  
aus, daß das Eingreifen Amerikas an dem  
Ergebnis des Krieges nicht das geringste  
ändern würde. Jeden Versuch Wilsons, auf die  
die Befreiung der inneren Verhältnisse Osterreich-  
Ungarns einzuwirken, werde er mit aller  
Entschiedenheit ablehnen.

## Berliner Börse.

Die Entwicklung an der Börse hat keine einheitliche und  
das Geschäft nur im Anfang etwas lebhafter. Schiffbesitzer-  
werte mit Ausnahme der schwächeren Bank-Aktien laagen sehr  
Mittlungsaktien ungleichmäßig. Automobil- und Petroleumwer-  
te durchweg höher. Auch in Montanwerten war die Kurs-  
entwicklung keine gleichmäßige. Am Rentenmarkt nahmen  
Prozentliche Anleihen ihre Ausbreitung in mäßigem  
Umfange wieder auf, die auch auf 3 1/2 und 4 Prozentigen über-  
griff. Schwache Haltungen im Einlage mit Wien liehen  
österreichische Aktien erkennen. Im späteren Verlauf wurde  
die Gelamhaltung bei eingeschränktem Geschäft im allge-  
meinen etwas schwächer.

Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse.		Für telegraphische		a. 6. Dezemb.		a. 5. Dezemb.	
Auszahlungen:		Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland (100 Fl.)	271 1/2	272 1/2	273 1/2	271 1/2	272 1/2	271 1/2	272 1/2
Dänemark (100 Kronen)	209	208 1/2	212	212 1/2	212 1/2	212 1/2	212 1/2
Schweden (100 Kronen)	237 1/2	238 1/2	240 1/2	241 1/2	241 1/2	241 1/2	241 1/2
Norwegen (100 Kronen)	210 1/2	211 1/2	213 1/2	214 1/2	214 1/2	214 1/2	214 1/2
Schweiz (100 Francs)	148	148 1/2	149 1/2	149 1/2	149 1/2	149 1/2	149 1/2
Osterreich-Ungarn (100 Kr.)	61,20	64,50	64,20	64,20	64,20	64,20	64,20
Russland (100 Rubel)	80	81 1/2	80	81 1/2	81 1/2	81 1/2	81 1/2
Roumanien (100 Leva)	20,25	20,35	20,25	20,35	20,35	20,35	20,35
Spanien	136 1/2	137 1/2	136 1/2	137 1/2	137 1/2	137 1/2	137 1/2

## Wasserstände der Weichsel, Grahe und Wehr.

Stand des Wassers am Pegel				
der	Tag	m	Tag	m
Weichsel bei Thorn	7.	1,08	6.	1,19
Zandhoff	—	—	—	—
Warschau	6.	1,11	—	—
Czarnolowice	5.	1,48	4.	1,54
Zatoczyn	—	—	—	—
Grahe bei Bromberg	—	—	—	—
Wehr bei Czarnikau	—	—	—	—

## Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 7. Dezember, früh 7 Uhr.  
Barometerstand: 768 mm  
Wasserstand der Weichsel: 1,06 Meter.  
Lufttemperatur: — 2 Grad Celsius.  
Wetter: Schnee, Wind: Südwesten.  
Som 6. morgens bis 7. morgens höchste Temperatur  
— 1 Grad Celsius, niedrigste — 3 Grad Celsius.

## Betteranfrage.

(Mitteilung des Wetterdienstes in Bromberg.)  
Borauische Mitteilung für Sonnabend den 8. Dezember:  
Wollig, milde, Niederschlag.

## Kirchliche Nachrichten.

2. Advents-Sonntag den 9. Dezember 1917.  
Allgemeine evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdien-  
st. Pfarr. Die Freitag Vormittag 11 1/2 Uhr: Abendgottes-  
dienst. Derselbe. Abends 6 Uhr: Pfarr. Jacobi. Kollekte  
zugunsten der Hilfe für kriegsgefangene Deutsche.  
Freitag den 14. Dezember Kriegsgedächtnis.  
Allgemeine evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst  
Superintendenten Waube. Kollekte zugunsten der Hilfe für  
kriegsgefangene Deutsche.  
Garnison-Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Festungs-  
garnisonpfarrer von Jaminet. Vorm. 11 Uhr: Abendgottes-  
dienst. Derselbe. Abends 6 Uhr: Festungsgarnisonpfarrer  
Höllcher.  
Evangel. lutherische Kirche (Wachstraße). Vorm. 9 1/2 Uhr:  
Predigt-Gottesdienst. Pastor Reindt.  
Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer  
Arndt.  
St. Georgenkirche. Allgottesdienst für unsere deutschen  
Kriegsgefangenen. Vorm. 9 1/2 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer  
Heuer. Vormittags 11 1/2 Uhr: Abendgottesdienst. Pfarrer  
Heuer. Abends 6 Uhr: Gottesdienst. Superintendenten a. D.  
Fells. Kollekte zugunsten der Hilfe für kriegsgefan-  
gene Deutsche für die Provinz Westpreußen.  
Evangel. Kirchengemeinde Grünhöfen. Vorm. 10 Uhr:  
Gottesdienst in Gr. Rogau. Pfarrer Seebauer.  
Evangel. Kirchengemeinde Rudat-Stemmen. Vorm. 8 1/2 Uhr:  
Predigt-Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Beirathung des  
Allgemeinen und Jungmännlichen. Pfarrer Schönjan.  
Evangel. Kirchengemeinde Neustadt. Vorm. 10 Uhr:  
Gottesdienst in Neustadt. Nachm. 3 Uhr: Kirchengot-  
tesdienst. Nachm. 3 Uhr: Beirathung des Jungmänn-  
lichen im Parkhaus und der neu konfirmierten weib-  
lichen Jugend. Pfarr. Werner-Dohmow.  
Evangel. Kirchengemeinde Altköthen. Vorm. 9 1/2 Uhr:  
Gottesdienst in Schenbrück und Konfirmandenunterricht  
danach. Pfarr. Walter Kallen.  
Evangel. Gemeinde Altan-Golzig. Vorm. 10 Uhr: Got-  
tesdienst in Steina. Besige und Abendmahl. Pfarrer  
Hilsmann.  
Baptisten-Gemeinde Thorn, Heppnerstraße. Vorm. 9 1/2 Uhr:  
Gottesdienst. Pred. Hinge. Vorm. 11 Uhr: Sonntagsschule.  
Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst. Nachm. 5 1/2 Uhr: Gemein-  
debesprechung und Jugendversammlung.  
Evangel. Gemeinshaft Thorn-Woder, Bergstraße 57. Vorm.  
9 1/2 Uhr: Gottesdienst und Feier des heiligen Abendmahls.  
Nachm. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 3 Uhr: Gottes-  
dienst. Nachm. 4 1/2 Uhr: Jugendbauhunde. Prediger  
Börse Königsberg.

<b>Wohnungsmarkt</b> 2 gut möbl. Zimmer vom 1. 12. zu verm. Elisabethstr. 2, 1. Gut möbliertes Zimmer zu vermieten Hohelstraße 1, 2 Treppen. Gut möbliertes Zimmer zu vermieten an 2 Personen, auch mit Kochgelegenheit. Seelerstraße 10, 2. Gut möbl. Zimmer sofort zu verm. Anfragen Günterstraße 22, part.	<b>Möbl. Vorder-Zimmer und Schlaf- zimmer, 1 einkl. möbl. Zimmer, Bad, Gas vom 15. 12. zu vermieten. Zu erfragen Bromb. Vorstadt, Wellenstr. 109, 4, 1.</b>	<b>Offizier sucht möblierte 3 Zimmerwohnung</b> mit Mädchengelaß. Angebote unter N. 2860 an die Ge- schäftsstelle der „Presse“.
<b>2 möbl. Zimmer</b> vom 1. 12. zu verm. Elisabethstr. 2, 1. Gut möbliertes Zimmer zu vermieten Hohelstraße 1, 2 Treppen. Gut möbliertes Zimmer zu vermieten an 2 Personen, auch mit Kochgelegenheit. Seelerstraße 10, 2. Gut möbl. Zimmer sofort zu verm. Anfragen Günterstraße 22, part.	<b>1-2 möbl. Zimmer</b> zu vermieten. Tallstraße 25 a, 1.	<b>Junges Ehepaar sucht von gleich- oder später geräumige 2 Zimmer-Wohnung mit Zubehör</b> in besserem Hause. Angebote unter N. 2862 an die Geschäftsstelle der „Presse“.
<b>2 möbl. Zimmer</b> mit Bad und Küchenbenutzung zum 1. 1. 18 zu vermieten. Zu erfragen Brombergstraße 94, part. r Wohnungsmarkt Möbliertes Zimmer zu vermieten. Wellenstr. 109, 4, 1.	<b>3 Zimmer-Wohnung</b> mit Gasheizung und Zubehör von sofort gesucht. Angebote mit Preisangabe unter N. 2857 an die Geschäftsstelle der „Presse“.	<b>Junges Ehepaar sucht Wohnung von 2 Zim. u. Küche.</b> Angebote unter N. 2863 an die Geschäftsstelle der „Presse“.



Am 6. Dezember erhielten wir die tieferschütternde Nachricht, daß am 24. November mein ältester Sohn, unser lieber Bruder und Schwager, der

**Robert Felske**

im blühenden Alter von 20 Jahren den Selbsttod fürs Vaterland gestiftet ist.

Er war meine Stütze und mein Stolz!

Thorn-Moder den 7. Dezember 1917.

Witwe Margarete Felske, Ella Götz, geb. Felske, Ally Felske, Otto Felske, Curt Götz, als Schwager.

Ruhe sanft in fremder Erde!

**Zwieback.**

Da für Kinder bis zu 2 Jahren Zwiebackmarken nicht in der vorhandenen Menge abgeholt werden sind, können ausnahmsweise jetzt auch noch altersschwache Personen und Magen- kranke Zwiebackmarken im Verteilungsamt II, in Höhe von täglich 100 Gramm gegen Brotmarken abfordern. Diese Ausnahme gilt bis auf Widerruf und nur so lange, als Zwiebackmarken beim Verteilungsamt verfügbar sind.

Thorn den 7. Dezember 1917.

**Der Magistrat.**

Zum Weihnachtsfeste weisen wir auf unsere

**Heimspargbüchsen**

als besonders geeignete Geschenke für Familienmitglieder u. Hausangehörige nachstehend aufgeführten Personen in unserem Arbeitsnachweis, Rathaus, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 1, in der Zeit vom 6. bis 20. Dezember 1917 während der Geschäftsstunden zu melden und die zur Ausfüllung der Meldebekanntmachungen erforderlichen Angaben zu machen:

**Die Stadtparlatie.**

Wer erteilt einem Herrn

**Unterricht im Rechnen?**

Zu erf. in der Geschäftsst. d. „Presse“.

**Bekanntmachung.**

Vom Sonntag den 9. Dezember 1917 ab fallen auf der Strecke Berent-Hohenstein (Weststr.) die Personenzüge  
917 Berent ab 5<sup>38</sup> nachm., Hohenstein an 7<sup>22</sup> nachm.,  
916 Hohenstein ab 8<sup>40</sup> nachm., Berent an 10<sup>25</sup> nachm.,  
an den Sonn- und Feiertagen aus. An ihre Stelle treten von dem gleichen Tage ab an den Sonn- und Feiertagen die Züge  
915 Berent ab 11<sup>30</sup> vorm., Hohenstein an 1<sup>21</sup> nachm.,  
914 Hohenstein ab 2<sup>18</sup> nachm., Berent an 4<sup>03</sup> nachm.

Danzig den 4. Dezember 1917.  
**Königliche Eisenbahndirektion.**

Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Hotelinhabers Josef Makowski in Thorn ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlages zu einem Zwangsvergleichsvergleichstermin am

**Sonnabend, 5. Januar 1918,**  
vormittags 9 Uhr,  
vor dem Königl. Amtsgericht in Thorn, Zimmer Nr. 22, anberaumt.  
Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.  
Thorn den 5. Dezember 1917.  
Gerichtsschreiber  
des Königl. Amtsgerichts.

**Kiefernkloben,**

vorjähriger Einschlag, für Weißgebote für Raumwärmer abzugeben. Schriftliche Meldungen nimmt entgegen.

**Dom, Schewen**

bei Schönlee Westpr.

Erteile gründlichen

**Nachhilfeunterricht** in Französisch und Englisch.

Angebote unter Z. 2820 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Wer erteilt einer jungen Dame

**Unterricht zur Laute**

in den Abendstunden? Zu erfragen Müller, Gerichtstr. 7, 2 Treppen

**Anfertigung von Hauschuhen**  
im Livoli.

**3. Lehrgang**

am 10., 11. und 13. Dezember, abends 8-10 Uhr.

Es nehmen teil Nr. 121-180.

Der Materialzettel ist mitzubringen.

J. A.

**L. Staemmler.**

**Salon - Spinnräder,**

moderner Zimmerschmuck (auch zum praktischen Gebrauch), als Festgeschenke geeignet, zu haben.

H. Fechner, Drechslermeister, Katharinenstraße 4.

**Suche für 2 Pferde**

**Beschäftigung.**

J. Spaniel, Lindenstraße 1.

Wer erteilt jungem Manne in den

**Geigenunterricht?**

Angebote unter C. 2878 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

**Juckkrätze**

benötigt in etwa 2 Tagen ohne Benützung geruch- und farblos. Mässiger Preis. Ausr. empfohlen.

**L. Fabricius,**

Vohwinkel Rhdld 59, Gustavstrasse.

Vers. unantf. Nachnahme u. Porto

**Zwölf Loren,**

in gutem Zustande, sind sofort selbst zu vergeben.

A. Irmer, Ries- u. Schötterwerke, Telephon 21.

**Weihnachtsbäume**

in größeren Mengen gibt ab Gashaus Bielawy bei Thorn.

Durch die ständig zunehmenden Erschwernisse im Zeitungsbetriebe, wozu empfindlicher Mangel an technisch-geschultem Personal und die beschränkte Gaslieferung gehört, sehen wir uns genötigt, dringend um

**frühzeitige Aufgabe**  
**der Anzeigen**

zu bitten. Größere Anzeigen müssen tags vor Ausgabe der Zeitung, bis abends 6 Uhr, kleinere in den ersten Vormittagsstunden, spätestens bis 10 Uhr, aufgegeben werden, wenn sie noch in der betr. abends erscheinenden Zeitungsnummer Aufnahme finden sollen.

**Dies gilt auch für alle behördlichen**  
**Bekanntmachungen.**

Gleichzeitig bitten wir die Auftraggeber von Anzeigen, davon Kenntnis zu nehmen, daß der Nachlaß auf den Zeilenpreis bei öfterer Aufgabe einer Anzeige infolge der anhaltenden Steigerung unserer Betriebskosten eine Einschränkung erfahren muß und vom 1. Januar n. Js. ab sich nur noch von 5% bis auf höchstens 20% erstreckt. Eine Gewähr für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen können wir ferner nicht mehr übernehmen, weil der Raum der Zeitung infolge der Papierknappheit äußerst beschränkt ist.

**Geschäftsstelle „Die Presse“,**  
Katharinenstraße 4.

Junges Mann, aus der Manufaktur- Branche, militärfrei, beider Sprachen mächtig, sucht Stellung als Verkäufer oder Lagerist.  
Angebote unter Z. 2875 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Buchhalterin, selbständig, der polnischen Sprache mächtig, mit guten Zeugnissen, sucht vom 1. sept. 1918 post. Stelle.  
Angebote unter Y. 2874 an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Baumarbeiter, 24 Jahre, von guter Umgangsform, sucht Stellung von gleich oder 15. 12. als Birken, eventuell auch im Geschäft oder Restauration zur Hilfe. Bereits in allen Arbeiten erfahren. Beste Zeugnisse vorhanden. Angebote unter U. 2870 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Gew. ordentl. Fräulein, 24 Jahre, von guter Umgangsform, sucht Stellung von gleich oder 15. 12. als Birken, eventuell auch im Geschäft oder Restauration zur Hilfe. Bereits in allen Arbeiten erfahren. Beste Zeugnisse vorhanden. Angebote unter U. 2870 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Suche: Stadt- und Landmädchen. Empfehle: Birken, Mädchenmädchen, Stubenmädchen, Schweizer fürs Land.  
Josefine Lewandowski, gewerkschaftliche Stellenvermittlerin, Thorn, Bäckerstraße 45.

Suche von sofort eine Buchhalterin, wenn möglich aus einem Drogeriegeschäft, für einige Tage auf 1 Sid. abs. Meld. bei Frau Schlip, Gerichtstr. 2, 2 Tr.

1 flotte Schneiderin ins Haus verlangt Fr. Köhne, Culmer Chaussee 66.

Kinder mädchen zu einem 2-jährigen Kinde für den Nachmittag gesucht.  
Frau Heyke, Wellenstr. 114.  
Vorstellung von 8 Uhr abends ab.

Empfehle und Suche zu jeder Zeit für Hotels, Restaurants, Wirten, Kochmädchen, Stützen, Bäckerinnen, Verkäuferinnen, Stubenmädchen, Köchinnen, Mädchen für alles, Keller- lehrlinge, Hausdiener, Aufseher, Gärtner und Bauhelfer.  
Stanislaus Lewandowski, gewerkschaftlicher Stellenvermittler, Thorn, Schuhmacherstr. 18, Fernspr. 52.

**Kleintierzuchtverein Thorn,**  
**Abteilung Siegen.**

**Berammlung**

Sonnabend den 8. d. Mts., 8 Uhr abends, im Gasthause Krenzowski, Weststraße 2, wozu alle Siegenhaller und Freunde der Siegenzucht eingeladen worden.  
Der Vorstand.  
Renk, Vorsitzender.

**Stadt Thorn**

Sonnabend, 8. Dezember, 7 1/2 Uhr: Ermäßigte Preise! Aufspiel!

**Der Gatte des Fräuleins.**

Sonntag den 2. Dez., nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise! Zum letzten Male!

**Die versunkene Glocke.**

Abends 7 1/2 Uhr: Zum 4. Male!

**Der Soldat der Marie.**

Gemeinschaft für entschiedenes Christentum, Baderstr. 28, Hof-Eingang-Georgel-Beramm. jed. Sonntag und Feiertag nachm. 4 1/2 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr. Dienstag u. Donnerstag, abds. 8 1/2 Uhr. Thorner ev.-kirchl. Blaukreuzverein. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Berammlung im Konfirmandensaal der St. Georgenkirche zu Moder. Jedermann willkommen. Christlicher Verein junger Männer. Luchmaderstraße 1. Sonntag, abends 7 Uhr: Soldaten und junge Leute.

**Jüngeres, geb. Fräulein.**

ev. a. guter Familie, vermögend, angenehme, helle Wesen, sucht d. Bekanntheit eines besseren, geb. Herrn zwecks Heirat. Zuschriften unter D. 2879 an die Geschäftsstelle der „Presse“.

**Verloren**

auf dem Wege Wellen, Brombergerstr. nach dem Stadttheater eine matt-goldene Uhrkette. Der Finder wird gebeten, sie gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle der „Presse“.

**Verloren**

eine braune Lederkassette mit Inhalt auf der Hauptpost zwischen 4 und 5 Uhr am Montag Abend.  
Abzugeben gegen hohe Belohnung in der Geschäftsstelle der „Presse“.

**Büchlein verloren.**

Inhalt Handarbeiten Gegen Belohnung abzugeben Wellenstr. 120, 1.

**Brotkartenausweis**

auf den Namen B. C. Bismarckstr. 5, verloren. Bitte um Rückgabe.

**Abtrennen und aufbewahren!**  
**Amtliche Bekanntmachungen**  
**der Stadt Thorn.**

7. Dezember 1917.

**Aufen**

**zur Meldung zum vaterländischen Hilfsdienst.**

Gemäß der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 13. November 1917 (R.-G.-Bl. S. 1040) haben sich die im Stadtbezirk Thorn wohnhaften nachstehend aufgeführten Personen in unserem Arbeitsnachweis, Rathaus, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 1, in der Zeit vom 6. bis 20. Dezember 1917 während der Geschäftsstunden zu melden und die zur Ausfüllung der Meldebekanntmachungen erforderlichen Angaben zu machen:

1. alle männlichen Deutschen, die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das siebzehnte Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht a) zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören, oder b) aufgrund einer Reklamation vom Dienste im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind.

2. alle männlichen Angehörigen der Österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das siebzehnte Lebensjahr vollendet haben, soweit sie im Gebiete des deutschen Reichs ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören.

Zur Meldung sind auch diejenigen verpflichtet, die nach der Verordnung vom 1. März 1917 von der Meldepflicht befreit waren. Dagegen sind von der Meldepflicht diejenigen befreit, die sich bereits aufgrund der Verordnung vom 1. März 1917 gemeldet haben und dies durch Vorlegung des gemeinsamen Abreisfreibriefes der Meldebekanntmachungen nachweisen können. Von der persönlichen Meldung sind befreit:

1. wer sich in der oben genannten Meldebekanntmachung bei unserm Arbeitsnachweis schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Karte meldet.

2. die in öffentlichen oder privaten Anstalten (Straf-, Besserungs-, Heilanstalten usw.) mit Einschluß der geschlossenen Unterrichtsanstalten (Internate) unterbrachten Meldepflichtigen. Für sie hat der Anstaltsleiter oder der von ihm hierzu bestellte Vertreter die Meldung schriftlich gemäß Nr. 1 zu erlassen. Die Meldebekanntmachungen für die schriftlichen Meldungen sind in unserm Arbeitsnachweis erhältlich.

Wer die vorgeschriebenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt, kann mit Ordnungsstrafe bis zu 100 Mark, hilfsweise mit Haft bis zu drei Tagen bestraft werden. Wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft. Arbeitgeber, welche unrichtige Angaben eines Meldepflichtigen wissenschaftlich bestätigen, werden mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit Haft bestraft.

Thorn den 5. Dezember 1917.

**Der Magistrat.**

**Speck- und Schmalzausgabe.**

In der nächsten Woche und zwar: am Dienstag den 11. Dezember, am Mittwoch den 12. Dezember und am Donnerstag den 13. Dezember und Freitag den 14. Dezember 1917 wird Speck und Schmalz in den nachgenannten städt. Verkaufsstellen ausgegeben werden:

für die Innenstadt in der Verkaufsstelle Bäckerstraße,  
" " Brombergervorstadt in der Verkaufsstelle Brombergerstr.,  
" " Culmendorferstadt }  
" " Jakobsvorstadt } in der Verkaufsstelle Schlachthof.  
" " Moder

Am Dienstag gelten grüne Fleischmarken,  
" " Mittwoch " rote "  
" " Donnerstag " grüne "  
" " Freitag " rote "

Die Verabfolgung findet nur gegen Hergabe von Fleischmarken und Vorlegung des Brotkartenausweises statt.

Haushaltungen mit 1 Person erhalten 1/2 Pfund  
" " 2-3 Personen " 1 "  
" " 4-6 " " 1 1/2 "  
" " 7-9 " " 2 "  
" " 10-12 " " 2 1/2 "

Der Preis beträgt: 2,50 Mk. für 1 Pfund Speck,  
2,40 Mk. für 1 Pfund Schmalz.

Zur Vermeidung großen Andranges wird jeder Verkaufsstelle Sozial Speck und Schmalz überwiesen, daß jeder Versorgungsberechtigten an den benannten Tagen einmalig die ihm zustehende Menge bestimmt erhält.

Um eine schnelle Abfertigung zu ermöglichen, wolle man Kleingeld mitbringen.

Thorn den 7. Dezember 1917.

**Der Magistrat.**

**Auszug aus der Straßen-Polizei-**  
**Verordnung vom 9. Dezember 1912.**

h) Reinlichkeit.  
§ 5.  
Jede Verunreinigung der Straßen und deren Zubehör, wie Brunnen, Entlastungen, Kanäle, Rinnsteine usw. ist untersagt. Es dürfen namentlich zur Befriedigung natürlicher Bedürfnisse niemals Straßen oder Straßenteile benutzt werden. Nach der Benutzung der öffentlichen Bedürfnisanstalten sind vor dem Hinausgehen die Kleider vollständig in Ordnung zu bringen.

§ 6.  
Das Füttern von Tieren auf den Straßen ist nur an den von der Polizeibehörde dazu bestimmten Stellen und auch da nur aus dichten Gefäßen oder Beuteln gestattet, die eine Verunreinigung der Straßen verhindern. Etwa trotzdem verstreute Reste haben die betreffenden Wagenführer sofort zu beseitigen.

§ 7.  
Auf den Straßen dürfen Gefäße, Gemälde, Wagen, Wäsche und dergl. weder gewaschen, noch gespült werden. Fenster, Türen und andere Gebäudeteile dürfen nicht so gereinigt werden, daß dadurch die Straßen oder Bürgersteige benetzt werden. Das Ausgießen und Ableiten von unreinen Flüssigkeiten, sowie das Auswerfen von Unrat nach der offenen Straße ist verboten.

§ 8.  
Auf den Straßen, sowie auf Ballonen oder anderen Vorbauten, an Fenstern und Türen, die an der Straße liegen, ist das Ausbreiten oder Ausschütten von Wäsche, das Ausstäuben, Klopfen oder Sonnen von Betten, Decken, Käufern, Matratzen, Teppichen und ähnlichen Gegenständen nicht gestattet. Das Begießen und Besprengen von Blumenpflanzern und Kastengewächsen darf nur so erfolgen, daß das Wasser nicht auf die Bürgersteige läuft oder tropft. Das Ausgießen von Tierhäuten oder anderen überziehenden oder einen schlechten Anblick gewährenden Gegenständen auf oder an den Straßen ist unstatthaft. Ebenso ist die Aufbewahrung frischer oder getrockneter Tierhäute auf offenen Höfen oder in der Nähe menschlicher Wohnungen auch in geschlossenen Räumen untersagt.

§ 9.  
Ungelöschter Kalk darf nur in verdeckten Behältern befördert werden.

§ 10.  
Abfallstoffe aus Fabriken und gewerblichen Betrieben, sowie Ausschutt, Getreideabfälle, Erbsen, Schnee und Eis dürfen nur an den Orten abgeladen werden, die durch öffentliche Bekanntmachung oder

Aufstellung von Tafeln für diesen Zweck bestimmt sind. Staubverregende Wäpfe müssen vor der Abfuhr angehängt oder in geschlossenen Behältern abgeführt werden. Gegenstände, die einen üblen Geruch verbreiten, besonders gesammelte Knochen, dürfen nur nach vorheriger Geruchslosmachung und in dichtgeschlossenen Wagen fortgeschafft werden. Gegenstände, die elektrisierend aussehen, müssen völlig verdeckt befördert werden.

(Wegen der Abfuhr des Hausabfalls s. Polizeiverordnung vom 21. Mai 1912, wegen der Fäkalien u. Ursubstanz in den nicht kanalisiertem Stadtteilen s. Pol.-Verordnung vom 4. Mai 1911.)

§ 11.  
Die Abfuhr von Stalldünger und ähnlichen übel riechenden Wirtschaftsabfällen darf in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März nur nachts zwischen 10 Uhr abends und 7 Uhr morgens, in der Zeit vom 1. April bis 30. September zwischen 11 Uhr nachts und 6 Uhr morgens erfolgen, sofern die Straßen der Innenstadt oder die Hauptverkehrsstraßen der Vorstädte dabei passiert werden müssen. Das Ausladen dieser Abfälle darf nur auf den Höfen stattfinden. Die Höfe müssen stets zeitig gehalten werden. Gemüll, Wäpfe der Hauswirtschaft, Düng und sonstige faulende oder fäulnisverregende Gegenstände dürfen auf den Höfen nicht frei lagern, sondern müssen in wasserdichten verschlossenen Behältern aufbewahrt werden. Ausgenommen sind hiervon die Behälter der Vorstädte, auf denen Landwirtschaft oder Gärtnerei betrieben wird.

§ 69.  
Den zur Erhaltung der Ordnung, Sicherheit, Reinlichkeit und Ruhe auf den Straßen ergehenden Anordnungen der Polizei-Beamten ist unbedingt Folge zu leisten.

§ 70.  
Uebertretungen dieser Polizei-Verordnung werden, soweit nicht die allgemeinen Strafgesetze höhere Strafen bestimmen, mit einer Geldbuße bis zu 30 Mark geahndet, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine entsprechende Haftstrafe tritt.

Thorn den 9. Mai 1917.

**Die Polizei-Verwaltung.**

**Höchstpreise für**  
**Herbstrüben (Stoppel-**  
**rüben, Wasserrüben).**

Aufgrund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Erdfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzblatt Seite 307) wird bestimmt:  
Der Preis für Herbstrüben (Stoppelrüben, Wasserrüben) darf beim Verkauf durch den Erzeuger 1,50 Mk. je Zentner nicht übersteigen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.  
Berlin den 27. Oktober 1917.

**Reichsstelle**  
**für Gemüse und Obst.**

Der Vorsitzende,  
ges.: von Tilly.

Veröffentlicht  
Thorn den 3. Dezember 1917.

**Der Magistrat.**

**Krankeernährung.**

Mehrere Klagen von Kranken über die Verweigerung der Abgabe der ihnen zustehenden Nahrungsmittel veranlassen uns, erneut auf §§ 4, 5 und 7 unserer Anordnung über bessere

**Ernährung der Kranken vom 22. November 1916**

hinzuweisen, nach welchen Lebensmittelkarten, Marken und Ausweise, die den Stempel des Verteilungsamtes, Abteilung Krankenernährung tragen, zum vorzugsweisen Einkauf in jeder Nahrungsmittelstelle berechnigt.

Sofern Vorbestellungen auf diese besonders gekennzeichneten Karten, Marken und Ausweise gemacht worden sind, haben die Verkäufer die Pflicht, die bestellten Nahrungsmittel bis 9 1/2 Uhr vormittags anzubereiten.

Zwischenhandlungen werden nach § 7 der vorgenannten Anordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mk. bestraft.  
Thorn den 6. Dezember 1917.

**Der Magistrat.**

**Verlust von**  
**Lebensmittelkarten.**

Haltet die Protarte und Lebensmittelkarte. Rechnet beim Ausgange nicht mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.  
Verlust der Marken bedeutet Hungerleiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

**Der Magistrat.**

Diesem ausweis Blatt.

# Die Presse.

(Zweites Blatt.)

## 12. Sitzung der Thorner Stadtverordnetenversammlung.

In der Sitzung am Mittwoch waren anwesend 33 Stadtverordnete. Am Magistratstisch die Herren Oberbürgermeister Dr. Hesse, Bürgermeister Stachowitz, Stadtbaurat Kleefeld, Stadträte Dr. Goerlich, Rittmeyer, Walter, Maillon, Hentschel, Weese und Professor Dr. Becker. Die Verhandlungen leitete der Stv.-Vorsteher Justizrat Schlegel.

1) Es wurde zunächst über die Vorlage der vereinigten Ausschüsse verhandelt, betreffend

### Ankauf des Hausgrundstücks Culmerstraße 16,

der Frau Kommerzienrat Schwarz gehörig. Berichterstatter Stv. Justizrat Feilchenfeld: Der Kaufpreis ist 64 000 Mark, wovon 14 000 Mark anzuzahlen sind. Der Bauwert des Grundstücks ist auf 75 000 Mark geschätzt. Der Ankauf ist geboten, weil das städtische Verteilungsamt in den Räumen der Deutschen Bank nicht länger bleiben kann und anderweitiger Ersatz schwer zu finden ist. Die Bromberger Vorstadt ist zu fern, im Mittelpunkt der Stadt muß das Amt bleiben. Die erforderlichen baulichen Veränderungen sind ohne größere Kosten auszuführen. Es ist dagegen eingewendet, daß die Räume zu klein und auch teilweise nicht hell genug sind. Mit der Kleinheit müssen wir uns aber im Kriege abfinden, und eine größere Helligkeit wird schon durch hellere Tapeten und weißen Anstrich der Hofmauer zu erzielen sein. Ein Risiko für die Stadt ist bei dem billigen Kaufpreis nicht damit verknüpft, daß jede Privatperson den Preis zahlen wird. Die Ausschüsse sind über den Handel nicht schlüssig geworden und überlassen Ihnen die Entscheidung. Am Tage nach der Ausschussung hat noch eine Besichtigung des Grundstücks durch die Ausschussmitglieder stattgefunden. Stv. Willimczik: Ich wollte das Grundstück besichtigen, es wurde mir jedoch nicht gestattet. Ohne vorherige Besichtigung können wir aber einen Beschluß nicht fassen. Es werden doch auch andere Gebäude zur Verfügung stehen. Ich beantrage Vertagung. Stv. Paul: Wenn die Stadt Rat an Räumern hat, sollte man an einen Neubau denken. Ein Ankauf zur Spekulation ist umso weniger zu empfehlen, als nach dem Kriege das städtische Krankenhaus verlegt werden und das alte Gebäude Räume für alle Zweige der Verwaltung liefern wird. Nach ich bin für Vertagung. Oberbürgermeister Dr. Hesse: Die gegenwärtige Geschäftslage ist derart, daß eine Vertagung nicht möglich ist. Auf den Erfolg durch das Krankenhaus können wir nicht warten. Die Geschäfte haben sich so schnell entwickelt, daß wir nicht mehr mit den vorhandenen Räumern auskommen; in jeder Sitzung erhebt sich die Frage: wo bekommen wir die Räume her? Verkaufsstelle, Kohlenstelle, Schulamt sind schon nach außen verlegt. Im Rathaus herrschen Zustände, die unhaltbar sind. Die Polizei ist schlecht untergebracht. Die Gemeindepolizei und das Kommisarariat müssen sich notdürftig mit kleinen Zimmern behelfen, die Räume des Medizinalrats sind gesundheitsgefährlich. Es fehlt an Räumern. Das Verteilungsamt ist schon geteilt in der Deutschen Bank und den früheren Geschäftsräumen des Volkshausvereins untergebracht. Die Deutsche Bank braucht aber die Räume selbst. Da ist uns nun das Schwarzsche Grundstück angeboten. Die Lage ist gut und das Gebäude preiswert. Nach dem Kriege werden wir nicht in Verlegenheit kommen, was damit anzufangen ist; es könnte z. B. die Stadtbücherei dahin verlegt werden. Das Verteilungsamt wird aber auch nach dem Kriege noch keineswegs sofort aufgehoben werden; es wird noch längere Zeit bestehen müssen. Denn nach der Rückkehr der Krieger wird die Rationierung noch weiter-

hin nötig sein und noch schärfer werden. Auf Vermieten des Grundstücks läßt sich die Eigentümerin nicht ein, sie will das leerstehende Haus verkaufen. Wir brauchen die Räume dringend, und andere sind nicht zu finden. Es ist nichts dabei zu verlieren, wenn wir nach dem Kriege wieder veräußern, was wir aber keineswegs beabsichtigen. Wir haben das Grundstück bestichtigt und geprüft. Ein Umbau ist nicht nötig und soll während des Krieges nicht erfolgen. Stv. Justizrat Aronsohn fragt an, wie es mit der Brandmauer stehe; er habe gehört, daß das Gebäude eine eigne Brandmauer nicht besitze, woraus bei einem Umbau Schwierigkeiten entstehen könnten. Stv. Warkmann: Die Meinung, daß man nach dem Kriege durch Neubauten die fehlenden Räume für die städtische Verwaltung beschaffen solle, sei zur Ablehnung der Vorlage nicht ausreichend. Er sehe den Ankauf des Schwarzschen Grundstücks als ein Ausfallsmittel an, durch welches der gegenwärtigen Not abgeholfen werden solle. Da die leichte Veräußerlichkeit des Grundstücks unbestritten sei, gehe die Stadt kein Risiko ein; es werde also kein Geld weggenommen, was für ihn, Redner, das Entscheidende sei. Im übrigen würde er es vorziehen, wenn an dem Hause möglichst wenig geändert und jeder unnötige Kostenaufwand vermieden werde, damit man nach dem Kriege umso freiere Hand habe, das Gebäude wieder zu verkaufen. Stv. Dombrowski: Die Besichtigung des Grundstücks durch die Ausschussmitglieder hat einen großen Teil der Bedenken gegen den Ankauf zerstreut. Das Gebäude kann für die gegenwärtig dringenden städtischen Zwecke gut verwertet werden. Die Zustimmung, daß keine baulichen Veränderungen vorgenommen werden sollen, die das Grundstück verteuern und die Wiederveräußerung erschweren könnten, hat die Ausschussmitglieder, die an der Besichtigung teilgenommen haben, bestimmt. Der Vorlage zuzustimmen. Stv. Krause tritt aus den gleichen Gründen für die Vorlage ein. Stv. Meinas: Um der Not an Diensträumen abzuwehren, brauchen wir ein größeres Gebäude. Das Schwarzsche Haus hat nur vier Zimmer, und 70 000 Mark, die es kosten wird, ist dafür zu viel. Ich bin für Mieten von Räumern; später können wir ein größeres Stadthaus bauen. Zu bedenken ist auch, daß das Schwarzsche Grundstück großen Wert als Geschäftshaus besitzt. Es sollte der Geschäftswelt nicht entzogen werden. Jedenfalls müßten wir es erst besichtigen, bevor wir einen Beschluß fassen. Bürgermeister Stachowitz: In das Gebäude soll das Verteilungsamt eingelegt werden, und der Bürovorsteher hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß das Haus ausreicht, und dies ist doch maßgebend. Es hat nicht vier, sondern neun benutzbare Räume. Mietwohnungen zu bekommen, haben wir vergeblich gesucht, es gibt eben keine. Das Amt aber nach außerhalb zu verlegen, würde dem Publikum sehr unerwünscht sein. Das Schwarzsche Grundstück bietet Hilfe für das augenblickliche Bedürfnis, ohne jedes Risiko. Stv. Stephan glaubt, daß Mieträume zu beschaffen seien, da viele Wohnungen leerstehen; auch in dem alten Weese'schen Fabrikgebäude würden neben der Kriegsküche wohl noch Räume vorhanden sein. Man könnte auch die Trüffelkeller im Rathaus besetzen, wodurch schon die schönen Räume der Sparkasse gewonnen seien. Oberbürgermeister Dr. Hesse: Die kleinen Läden werden zusammen nicht soviel, wie das Schwarzsche Grundstück; in der Weese'schen Fabrik aber sind Räume nicht mehr vorhanden. Das Schwarzsche Haus ist doch von uns und den vereinigten Ausschüssen bestichtigt worden, was genügen könnte. In der Innenstadt ein einziges Haus zu bauen, das alle Räume aufnehmen kann, ist ausserhalb aller Zentralisierung ist nicht möglich. Die Anfrage des Stv. Aronsohn beantwortet Redner dahin, daß das

Haus eine eigne Brandmauer besitze. Stv. Gerzon: Das Haus hat außer 9 Zimmern hinten noch 2 Räume, also im ganzen 11. Es ist preiswert und hilft der Not für die Jahre ab, in denen auch nach dem Kriege noch rationiert werden muß. Ein besonderer Vorzug ist auch, daß es leersteht und so leicht bezogen werden kann. Ich war im Ausschuss gegen den Ankauf, weil ich größeren Kostenaufwand für Reparaturen fürchtete; bin aber heute dafür, mit der Voraussetzung, daß wir größere Veränderungen nicht vornehmen. Stv. Willimczik bemerkt, daß auch von Pünger's Erben ein Grundstück angeboten worden sei. Stv. Paul: Die vom Magistratstisch gemachten Ausführungen haben etwas Bestechendes. Aber Gefahr liegt doch nicht im Verzuge, die Vertagung zum Zweck der Besichtigung würde nichts schaden. Stv. Thomas wünscht ebenfalls das Haus der Geschäftswelt erhalten zu sehen. Nach dem Kriege wenigstens sollte es an einen Geschäftsmann verkauft werden. Für jetzt stimmt Redner dem Ankauf zu. Berichterstatter Stv. Feilchenfeld bemerkt, daß die Eigentümerin in den Verkauf nur bis zum 31. Dezember gebunden sei. Hierauf wird der Antrag auf Vertagung abgelehnt und die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. — 2) Wahl eines Bürgermitgliedes der Siechenhaus-Deputation. Gewählt wird Stv. Dr. Saff. — 3) Pachtvertrag mit dem Inhaber des Schanzhauses 1. Die Pachtsumme ist auf 1200 Mark jährlich ermäßigt. Die Verlängerung des Vertrages bis 31. März 1919 wird genehmigt. — Zustimmung finden ferner 4) die Verlängerung des Jahrespachtvertrages mit dem Arbeiter-Bümel über die Landparzelle Nr. 5 in Dracyn unter Erhöhung des Pachtzinses von 200 auf 290 Mark vom 1. Oktober 1917 an; — 5) die Verpachtung der Parzelle 30—33 des ehemaligen Gutes Weishof vom 1. 10. 1917 ab auf 3 Jahre an die Pflieger-Beobachter-Schule gegen 640 Mark Jahrespacht; — 6) die Verpachtung eines Kohlenlagerplatzes an der Uferbahn an den Kaufmann Goergens bis zum 31. 3. 1919 — und 7) die Verstärkung des Titels 6, 1 der Rammereiverwaltung um 200 Mark für Gebäude-Unterhaltung. — 8) Bewilligung von 400 Mark für die Ausbesserung des Saunes des Friedhofs in Mader. Der Berichterstatter führt aus, daß die aus einem Holzstamm bestehende Einriedrigung sich in einem sehr schädlichen Zustande befindet, teils durch Faulen und teils durch Diebstahl einzelner Teile. Die Verstärkung erteilt ihre Zustimmung. — 9) Zustimmung zur Verstärkung des Titels 1 4 a des Haushaltsplans der Stadtbücherei um 1000 Mark zur Anschaffung guten Lesestoffs für die Volksbücherei. Nach den Ausführungen des Berichterstatters hat sich die Stadtbücherei sehr gut entwickelt. Zu einem großen Teil sind die Bücher jedoch zerlesen, sodaß Ersatz durch Neuanfassungen erforderlich geworden ist. Die Verammlung erteilt ihre Zustimmung. — 10) Zustimmung zur Sendung der üblichen Sonntags-Weihnachtsgabe an das kaiserliche und königliche Haus, sowie an den Thorner Ehrenbürger, Generalfeldmarschall Hindenburg. Wie alljährlich soll, wie der Berichterstatter ausführt, auch diesmal die übliche Sonntags-Weihnachtsgabe an das kaiserliche und königliche Haus, sowie an Generalfeldmarschall von Hindenburg abgeliefert werden, wozu die Stadt das erforderliche Mehl bereitstellt. Zur Abnahme des Ruchens schlägt der Ausschuss die Stv. Kaufmann Krause und Biergroßhändler Krüger vor. Die Verammlung erteilt ihre Zustimmung und erfährt sich mit der Wahl der beiden Herren einverstanden. — 11) Bewilligung von 10 000 Mark aus dem Kriegsfonds zu Weihnachtsbesuchen für die im Felde stehenden Truppen der Garnison Thorn. Die Bewilligung der aus dem Kriegsfonds zu bedenkenden Summe, die im vorigen

Jahre 7500 Mark betrug, wird ausgesprochen. — 12) Kenntnisnahme von der geplanten

### Einrichtung einer Mittelstandsküche

unter Entnahme eines Vorschusses von 10 000 Mark aus dem Kriegsfonds. Nach den Erläuterungen des Berichterstatters ist für die im oberen Geschloß der Weese'schen Fabrik, in deren unteren Räumen sich das Kriegsspeisehaus befindet, geplante Einrichtung einer Mittelstandsküche ein Kostenaufschlag von 10 500 Mark eingereicht worden, der die Zustimmung des Stadtbaurates gefunden hat. Das jetzt bestehende Kriegsspeisehaus hat sich, wie der Berichterstatter weiter ausführt, sehr gut bewährt; wenn gegenwärtig ein Rückgang in den täglich ausgegebenen Rationen eingetreten, so ist diese Erscheinung ein Beweis dafür, daß der Lebensmittelmangel zurzeit nicht als sehr erheblich bezeichnet werden kann. Während durch diese Einrichtung für die kleinen Leute geforgt ist, macht sich bezüglich der Lebensmittelförderung bei kleineren Beamten, Privatangestellten und alleinstehenden jungen Mädchen die Notlage besonders fühlbar, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß sich in Pensionen, in denen früher gute und preiswerte Mittagstische zu haben waren, eine Befriedigungsmöglichkeit heute nicht mehr bietet. Die Mittelstandsküche, mit der die Stadt dieser Klasse zu Hilfe kommen will, wird, im Gegensatz zum Kriegsspeisehaus, täglich zwei Gerichte zum Preise von 80 bis 85 Pfg. abgeben, die in den geplanten Räumen eingenommen oder abgeholt werden können. Die Unterbringung der Küche in demselben Hause, in dem das Kriegsspeisehaus sein Heim hat, bedeutet eine wesentliche Ersparnis, einmal, weil sie derselben Verwaltung unterstellt, und zum andern, weil die Speisen des Kriegsspeisehauses mitbenutzt werden können. Es kann keinesfalls davon die Rede sein, daß durch die Einrichtung dieser Küche das Geld unnötigerweise ausgegeben wird, da die Kanalisation und Wasserleitung in jedem anderen Hause gleichfalls eingerichtet werden muß. Der Ausschuss empfiehlt auf das wärmste die Annahme der Vorlage. Stv. Meinas fragt, für welchen Zeitraum die geplante Einrichtung gedacht ist. Wenn man eine derartige Summe Geldes hinstellt, muß in den Mietvertrag zumindest eine Klausel aufgenommen werden, daß der frühere Zustand des Gebäudes wiederhergestellt wird, oder daß der Vermieter einen Teil der getroffenen Einrichtungen übernimmt. Eine Sicherung für Vermieter und Mieter wäre unbedingt erforderlich gewesen. Dezerent Stadtrat Walter: Nach dem Wortlaut des Vertrages müssen die Einrichtungen, wenn es der Vermieter wünscht, wieder entfernt werden; sie können jedoch, falls verwendbar, übernommen werden. Zudem beträgt die Einrichtung für Kanalisation, Spüleinrichtungen und Klosetts, die später entfernt werden müssen, im ganzen nur 500 Mark. Stv. Stephan: Mit großer Dankbarkeit wird die Einrichtung der Mittelstandsküche von der Bevölkerung aufgenommen werden. Es ist nur bedauerlich, daß diese Hilfe so spät kommt. Die Kosten der Einrichtung sind als reichlich hoch zu betrachten; hätte man die Küche Privat Händen übergeben, so wäre der Stadt die Ausgabe in dieser Höhe nicht erwachsen. Es gibt leerstehende Lokalitäten und unbenutzte Räume, wie beispielsweise das Schützenhaus, genug, die gegen eine angemessene Miete sehr geeignet gewesen wären, die Küche unterzubringen. Ausgaben für Stühle usw. wären in diesem Falle nicht erwachsen. Selbst in der Kommission des Kriegsspeisehauses sind, wie ich hörte, die Meinungen geteilt gewesen, jedoch man von der Stadtverordnetenversammlung nicht gut eine glatte Annahme der Vorlage erwarten kann. Stv. Paul bittet um Auskunft darüber, ob die Portionen aus

## Thorner Kriegsplauderei.

(Nachdruck verboten.)

CLXVIII

Wieder haben wir in dieser Woche eine Volkszählung gehabt. In den Zeiten des Friedens genossen die großen Volkszählungen in Zeiträumen von fünf Jahren. Es kam dabei hauptsächlich an, die Zahl der Bevölkerung festzustellen. In der Kriegszeit dient die Zählung noch anderen Zwecken. In der Anleitung zur Ausfüllung der Haushaltungsliste wird angegeben, daß die Zählung zu staatlichen und wirtschaftlichen Zwecken diene. Dazu gehört auch eine möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung der Nahrungsmittel. Es liegt daher im eigenen Interesse eines jeden, recht gewissenhafte Angaben zu machen.

Eine gewissenhafte Statistik bietet stets viel Befriedigendes. Leider werden statistische Angaben auch manchmal mißbraucht, mitunter sogar zu politischen Zwecken. So wurde vor dem Kriege ein Jahrzehnt hindurch das russische Volk über den Handelsverkehr mit Deutschland getäuscht. Die russischen Statistiker rechneten zum Zwecke der Völkerverhöhnung dem Russen vor, daß der erwähnte Handelsverkehr mit einer größeren Unterbilanz abschließe. In den Jahren 1904 bis 1913 sollte Rußland zwar an Deutschland Waren für 3519 Millionen Rubel abgesetzt, aber dafür für 3929 Millionen Rubel aus Deutschland bezogen haben. Das ergäbe einen Fehlbetrag von 410 Millionen Rubel.

Daß diese Berechnung von Anfang bis zu Ende falsch war, hat der Berliner Statistiker Zudermann in seinem Werke „Die landwirtschaftliche Produktion Rußlands und der deutsche Markt“ nachgewiesen. Danach hat Rußland in dem Jahrzehnt vor dem Kriege nach Deutschland für 12 722 Millionen Mark ausgeführt, dagegen nur für 8488 Millionen Mark von uns eingeführt; es ergibt sich statt des Defizits ein Überschuß von 4236 Millionen

Mark. Wenn man nun noch bedenkt, daß Rußland fast die Hälfte seiner gesamten Ausfuhr, nämlich etwas über 46 Prozent, an Deutschland allein absetzte, so kann man ermaßen, wie sehr die Nachbarländer aufeinander angewiesen waren. Vielleicht wäre ihr Zusammenstoß überhaupt vermieden worden, wenn man nicht drüben die russische Offentlichkeit irreführlig hätte, sodaß sie nicht mehr ein sah, daß Deutschlands Wohlfahrt eine Lebensbedingung für Rußland war.

Es ist darum höchst erfreulich, daß nunmehr zwischen Deutschland und Rußland eine Verständigung im Gange ist. Sie wird umso leichter vonstatten gehen, als unüberbrückbare Gegensätze nie bestanden haben. Es hätte sonst nicht eine traditionelle Freundschaft beider Reiche geben können, die über ein Jahrhundert vorgehalten hat. Die politische und wirtschaftliche Neuorientierung der beiden Nachbarreiche hat keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, selbst bei der etwaigen Abtrennung einiger selbständiger Gebiete vom Nierenleibe des russischen Reiches. Was wir brauchen können, davon erzeugt Rußland einen bedeutenden Überschuß. Und dieser Überschuß wird sich noch erheblich steigern, wenn der jedem Fortschritt abgeneigte russische Bürokratismus beseitigt sein wird. Was den Russen fehlt, können wir ihnen liefern. Und es wird ihnen noch lange an gewerblichen Erzeugnissen fehlen, selbst wenn ihre junge Industrie sich noch so günstig entwickeln würde.

Je mehr Rußland absetzt, je mehr infolge dessen seine Wohlhabenheit wächst, desto größer ist seine Kontrast. An einem verarmten Rußland ist uns nichts gelegen. Gewiß würden wir auch eine gewisse Schadenfreude nicht verbergen können, wenn Frankreich, England und Amerika um ihre 40 Milliarden kämen. Für die Zukunft Rußlands und für die Handelsbeziehungen zu Deutschland wäre dies von größter Bedeutung. Lenin hat den bisherigen Ver-

bündeten Rußlands sehr ernstlich gedroht, die finanziellen Verbindlichkeiten für null und nichtig zu erklären, falls sie den Friedenswünschen Rußlands keine Rechnung trügen. Das hat gewirkt; denn selbst die französischen Blätter, die sich anfangs vor Mut über die russische Schmach und Verräterei förmlich überschlugen, erklären schon viel sanfter, man dürfe mit der neuen russischen Regierung nicht ganz brechen. Mit Drohungen hat der Verband begonnen, indem er antändigte, sich für Rußlands Abfall politisch und wirtschaftlich zu rächen. Wenn die neue russische Regierung ihre Drohung wahr machte, so wäre das eine Tat, die moralisch lange nicht so verwerflich wäre wie manches Kunststück unserer übrigen Feinde. Man denke nur an die schände Verräterei Italiens und Rumaniens. Das russische Volk hat seine Schulden bereits mit seinem Blute abgetragen. Für die 40 Milliarden hat sich Paris und London die russische Hilfe für den Vernichtungskampf gegen die Mittelmächte erkaufte. Fünf Millionen Tote und sechs Millionen Verwundete wiegen schwerer als das rote Metall. Für welche niederträchtigen Eroberungspläne das betörte russische Volk genötigt wurde, haben die von Trozki veröffentlichten Geheimdokumente ja zur Genüge enthüllt. Es hat ein Recht zu sagen, daß es nunmehr der Opfer genug sei; es hat ein Recht, die Hypotheken, womit das Land belastet ist, nicht anquerkennen. Dazu gehören freilich nicht allein die 40 Milliarden Schulden. Die lieben Freunde haben es verstanden, die finanzielle Bedrängnis Rußlands auch dahin auszunutzen, die wirtschaftlichen Hilfsquellen in ihre Hand zu bekommen. Sie deckten sich Rußlands Wirtschaftskraft für alle Zeiten dienbar zu machen. Es ist zu erwarten, daß die neue Regierung auch in dieser Hinsicht den Engländern, Franzosen und Amerikanern einen Strich durch die Rechnung macht. Nur wenn es gelingt, diese Söldlinge zu zerschlagen, ist eine gedeihliche Entwicklung Rußlands denkbar.

Die Nachricht von den Waffestillstandsverhandlungen mit Rußland hat überall helle Freude ausgelöst. Kein Schuß fällt mehr an der ganzen Ostfront. Welch schönes Gefühl für alle, die ihre Angehörigen dort stehen haben! Freilich dürfen wir noch keine übertriebenen Hoffnungen hegen. Selbst General von Lubendorff hat zu dem österreichischen Pressevertreter die Möglichkeit gegeben, daß ein Gewaltmensch die Macht in Rußland an sich reißen und nochmals versuchen könnte, die Kriegslust aufzupfeilen. Große Sedentaten würde die russische Armee allerdings nicht mehr vollbringen! — Doch wir dürfen wohl hoffen, daß in unserem Nachbarreiche die Friedenssehnsucht nicht mehr einzudämmen ist. Die Front unserer Gegner zeigt eine Lücke, die nicht mehr auszufüllen ist. Wir sind dem Frieden um einen großen Schritt näher gekommen. Blühartig hat der Aufsehen erregende Brief Lansdownes die Stimmung in England beleuchtet. Zwar suchten die führenden Männer ihn von sich abzuschütteln; aber dadurch kann sich nur der täuschende Schein der englischen Verschlagenheit nicht lenken. Man vergegenwärtige sich doch die Sache: Ein Brief, dessen Inhalt im vollsten Gegensatz zu den bisher geäußerten Anschauungen der englischen Machthaber steht, passiert ungehindert die scharfe Zensur. Und nun will man sich stellen, als sei man aufs peinlichste davon überrascht. England hat eingesehen, daß das ganze Kriegsgeschäft verpufft ist, und hat einen Friedensfühler ausgestreckt. Lassen wir uns durch Worte nicht betören! Nicht das englische Schwert ist zu fürchten, sondern die englische Diplomatie, die sich seit Bismarcks Abgang der unrigen stets überlegen gezeigt hat. Besonders gegen England darf der Krieg nicht als Remispartie abgebrochen werden, es würde sich vor der Welt als Sieger aufspielen. Die gebrauchten Opfer fordern aber gebieterisch, daß die Völker von dem englischen Druck befreit werden. Darum muß man unferer Diplomatie zusetzen: Landgraf, werde hart!

dem Grundgericht des Kriegspfeifehauses und einem von der geplanten Küche zu gebenden Zusatz ge-  
find. Berichterstatter Stv. Feilchenfeld: Eine  
bestimmte Zusicherung kann nicht gegeben werden,  
doch können wir uns auch in dieser Hinsicht voll  
Vertrauen auf die Kommission verlassen. Es steht  
noch nicht fest, welche Nahrungsmittel uns zur Ver-  
fügung stehen werden; dies wird vielmehr ganz von  
den Umständen abhängen. Stv. Krause: Die  
Errichtung einer Mittelstandsfläche ist tatsächlich  
eine unbedingte Notwendigkeit, da das Speisen in  
Restaurants für die unverheirateten Beamten und  
kaufmännischen Angestellten heute zu teuer ist.  
Gegenüber den Ausführungen des Stv. Stephan  
kann ich versichern, daß die Kommission bei Beratung  
der Angelegenheit vollkommen einig war. Die  
Rentabilität wird gerade in der Unterbringung im  
Gebäude des Kriegspfeifehauses erblickt, da es sich  
um gemeinsamen Einkauf der erforderlichen Mate-  
rialien und einheitliche Aufsicht handelt. Selbst  
wenn das Bedürfnis für die Errichtung einer der-  
artigen Küche zurzeit noch nicht vorläge, müßten  
wir kommenden kritischen Zeiten vorbeugen. Stv.  
Dr. Wolpe: Sie brauchen nur etwas tiefer in die  
Kreise des Mittelstandes zu sehen, um die tatsächliche  
vorhandene Notlage festzustellen. Es ist ganz un-  
möglich, mit einem Pfund Fleisch für zwei Personen  
in der Woche auszukommen, zumal Kohlen und Gas  
fehlen und das Eintausen von Lebensmitteln  
auch recht schwierig ist. Auch ich kann erklären, daß  
die Ausführungen des Stv. Stephan, die Kom-  
mission sei nicht einig gewesen, auf einem Mißver-  
ständnis oder Irrtum beruhen. Was die Ein-  
richtung der Mittelstandsfläche selbst anbetrifft, so  
ist diese ganz unabhängig vom Kriegspfeifehaus  
und hat den Zweck, für billiges Geld gute Gerichte  
zu verabfolgen, die nicht aus Topfgerichten, sondern  
aus Suppe, Gemüse und Fleisch oder Fisch bestehen.  
Sie müssen sich nur denken, daß lediglich zur Er-  
leichterung des ganzen Geschäftsbetriebes eine  
Verwaltung da sein wird. Hiermit ist auch die An-  
wort für Herrn Stephan gegeben. Ein Restaurant  
hat zwar das Angebot gemacht, doch glaubte die  
Kommission, daß die Sache sich, wie geplant, billiger  
gestalten wird. Nahrungsmittel werden der Allge-  
meinheit nicht entzogen, wie auch eingekauft worden  
ist, da die Gerichte nur gegen Karte abgegeben  
werden. Ich bitte, die Sache nicht weiter hinaus-  
zuzögern, damit mit der Einrichtung der Küche be-  
gonnen werden kann. Nach Schluß der Debatte  
nimmt die Versammlung von der geplanten Ein-  
richtung unter gleichzeitiger Bewilligung der Ent-  
nahme eines Restbusses von 10 000 Mark aus dem  
Kriegsfonds Kenntnis.

Den Vorstoß übernimmt stellv. Stv. Vorsteher  
Dombrowski. Aber die weiteren Vorlagen des  
Finanzausschusses berichtet Stv. Matthes. Die  
Versammlung nimmt 13) Kenntnis von dem Ergeb-  
nis der Rassenprüfung für den Monat Oktober 1917,  
ferner - 14) von der Rechnungslegung der städt.  
Feuerlozietaste für das Rechnungsjahr 1916.  
Stv. Meinas bittet um Auskunft, ob wie es mit  
Rückblick auf die durch den Krieg erfolgte Erhöhung  
aller Werte bei anderen Sozietäten, teilweise um  
50 bis 60 Prozent, der Fall, auch bei der

#### Küchlichen Feuerlozietät

eine Erhöhung der Taxen vorgenommen worden sei,  
und ob die Stadt ihre eigenen Gebäude ohne beson-  
deren Nachtrag erhöht verifiziert habe. Bürger-  
meister Stachowiak: Die Taxen der städtischen  
Sozietät sind sehr alt, und wir haben, da mehrere  
Anträge eingegangen, die Wärsch, die bei ihr ver-  
schickten Gebäude neu taxieren zu lassen. Zu einer  
Erhöhung der Versicherungssumme der städtischen  
Gebäude haben wir uns nach reiflicher Überlegung  
nicht entschlossen. Wir würden lieber einen Schaden  
einbüßen, als eine höhere jährliche Versicherungssumme  
von 7000 Mark zu zahlen. Stv. Stephan:  
Frage an, welchen Nutzen die Stadt aus der städt.  
Feuerlozietät zieht, und ob die städtischen Gebäude  
bei der städtischen Sozietät versichert sind. Bürger-  
meister Stachowiak: Unsere Gebäude sind bei  
der Frankfurter Sozietät versichert. Der Nutzen der  
Stadt aus der städtischen Feuerlozietät ergibt sich  
aus den Anlagen des städtischen Stats, dem im  
ganzen 60 000 Mark zustehen. Stv. Stephan:  
Es ist sehr bedauerlich, daß die Versicherungen bei  
der städtischen Sozietät immer mehr zurückgehen,  
da die Satzungen der Sozietät veraltet und die  
Taxen viel zu klein sind. Je höher die Feuer-  
versicherung ist, desto größer sind die Hypotheken.  
Aus höheren Prämien würde doch die Stadt gute  
Einnahmen haben. Ich bitte darum, die Feuer-  
lozietät auszubauen und gegebenenfalls einen  
Privatbeamten mit der Werbung zu beauftragen.  
Bürgermeister Stachowiak: Die Taxen sind nach  
bestem Wissen und Gewissen der beiden Infrage-  
kommenden Beamten geschätzt, für die jeder weitere  
Anspruch Beledigung wäre. Die Feuerlozietät  
ist allerdings veraltet und entspricht nicht mehr den  
gezielten Bestimmungen. Wir hatten bereits vor  
dem Kriege mit der Vorphr. Feuerlozietät Verhand-  
lungen wegen Verschmelzung, und der Verschmel-  
zungsantrag ist auch von den Stadtverordneten ge-  
nehmigt worden. Die Genehmigung der Regierung  
zur Verschmelzung steht aber noch aus, und die obere  
Behörde hat die Verhandlungen hierüber bis zur  
zukünftigen Zeit nach dem Kriege ausgesetzt. Vor-  
läufig müssen wir in der alten Weise weiter-  
arbeiten, und es kann sein, daß wir schließlich dazu  
kommen, die Sozietät nach dem Kriege auszubauen.  
(Bravo!) Die Versammlung erteilt daraufhin  
ihre Zustimmung. - Es folgt eine Reihe von Rech-  
nungslegungen, über die Stv. Groß berichtet. 15)  
Rechnungslegung der Siechenhauskasse für das  
Rechnungsjahr 1915. Die Versammlung genehmigt  
die vorgekommenen Überschreitungen in Höhe von  
1400 Mark unter gleichzeitiger Entlastungs-  
erteilung. - 16) Rechnungslegung der St. Jakobs-  
Hospitalkasse für das Rechnungsjahr 1915. Nach  
den Erläuterungen des Berichterstatters beträgt der  
Überschuß unter Zuwachs von 4565 Mark aus dem  
Vorjahre 4717,63 Mark, die Überschreitungen, die  
unter Entlastungserteilung nachbewilligt werden,  
etwa 100 Mark. - 17) Rechnungslegung der Kasse  
des Wilhelm August-Stifts für das Rechnungsjahr  
1915. Das Rechnungsjahr weist, wie der Be-  
richterstatter bemerkt, eine Erparnis von 1092 Mk.  
auf bei 575,64 Mark Überschreitungen, die unter  
Entlastungserteilung nachbewilligt werden. - 18)  
Rechnungslegung der St. Georgenhospitalkasse für  
das Rechnungsjahr 1915. Wie der Berichterstatter  
Stv. Klaber ausführt, belaufen sich die Einnahmen  
auf 6660,43 Mark, die Ausgaben auf 11 894 Mark,  
während das Vermögen 7623,25 Mark beträgt. Die  
vorgekommenen Überschreitungen sind bereits im  
August genehmigt; die Entlastung wird ausge-  
sprochen. - 19) Rechnungslegung der Katharinen-  
Hospitalkasse für das Rechnungsjahr 1915. Die  
Einnahmen belaufen sich auf 5529 Mark, die Aus-  
gaben auf 3800 Mark. Die Überschreitungen werden  
genehmigt und Entlastung erteilt. - 20) Nachbe-  
willigt werden ferner 50 Mark zu Ausgabe Tit. 2, 2

der Siechenhausverwaltung und - 21) 300 Mark  
zu Ausgabe Tit. 4 der Armenverwaltung. - 22)  
Nachbewilligung von 24 540 Mark zu verschiedenen  
Ausgabeposten des Krankenhauses  
und Zustimmung zur Deckung von 6940,60 Mark aus  
der Restverwaltung. Der Berichterstatter  
teilt zu dieser Vorlage mit, daß der Finanzausschuss  
beschlossen habe, diese Vorlage abzulehnen und den  
Magistrat zu ersuchen, eine nach Titeln geordnete  
Übersicht der Rechnungen vorzulegen. Stv. Dreger  
bemerkte als Vorführer des Finanzausschusses: Die  
geforderte Mehrausgabe von 24 500 Mark ist noch  
völlig unklar, jedoch die Annahme der Vorlage  
noch nicht beantragt werden kann. Im Kranken-  
haus scheint keine geordnete Buchführung zu sein,  
und auch der Etat gibt keinen genügenden Auf-  
schluß, zumal wir im vorigen Jahre schon beim  
Haupttitel ein Mehr von 4500 Mark bewilligten.  
Ich bitte um Auskunft darüber, ob im Kranken-  
haus kein Wirtschaftsbuch vorhanden ist. Ober-  
bürgermeister Dr. Hesse: Wegen Erkrankung des  
Dezernenten Stadtrat Rittweger ist das  
Krankenhaus-Dezernat Herrn Meßner Dr. Beder.  
Das starke Anwachsen des Titels für Lebensmittel  
kann nicht verwundern, da die Lebensmittel dreifach  
teurer geworden. Wir kommen mit dieser Vor-  
lage gerade Ihrem Wunsche entgegen, daß die Mehr-  
ausgaben rechtzeitig eingepreist werden sollen.  
Im übrigen gehen sämtliche Zahlungen durch die  
Stadthauptkasse, jedoch ich nicht weiß, was Stv.  
Dreger an geordneter Buchführung vermisst. Juris-  
tischer Hilfsarbeiter Meßner Dr. Beder: Selbst-  
verständlich wird im Krankenhaus ein Wirtschaftsbuch  
geführt. Eine Übersicht über die Rechnungen  
hat schon dem Finanzausschuss vorgelegen, was der  
Herr Referent übersehen zu haben scheint. Die  
hohen Mehrausgaben sind entstanden, weil man bei  
Festsetzung des Etats nicht erwarten konnte, daß die  
Lebensmittel und Verbandstoffe so enorm im  
Preise steigen würden. Nebenher beginnt dann in  
längeren Ausführungen die Mehrausgabe bei den  
einzelnen Titeln und hat zum Schluß um Annahme  
der Vorlage. Stv. Sanitätsrat Dr. Wolpe:  
Gegen die Art und Weise der Behandlung dieser  
Angelegenheit muß ich entschieden Einspruch er-  
heben, da die Krankenhaus-Deputation bei dieser  
Vorlage nicht gehört worden ist. Ich bitte daher,  
die Rechnung noch nachträglich der Deputation vor-  
zulegen und zu diesem Zweck Vertagung einzutreten  
zu lassen. Stv. Dreger: Die Summe von 6940,60  
Mark, die aus der Restverwaltung gedeckt werden  
soll, bezieht sich auf das Vorjahr, was mir ebenfalls  
unklar erscheint, da sie sich als Nachbewilligung  
des Vorjahres doch schon erledigt sein müßte. Ich  
zweifle keinesfalls, daß die Ausgaben nötig gewesen  
sind, doch dürfen wir solche Unklarheiten nicht dul-  
den. Oberbürgermeister Dr. Hesse: Wenn Sie  
den Wunsch haben, die Sache nochmals eingehend  
im Ausschuss zu beraten, so ist dagegen nichts zu  
sagen; nur möchte ich hervorheben, daß die Vor-  
lage durchaus vollständig war und mit einer Über-  
sicht des Herrn Berichterstatters übergeben wurde.  
Daß in der Nachbewilligung eine Deckungssumme  
aus dem Vorjahr enthalten ist, liegt daran, daß die  
Rechnungen seinerzeit nicht rechtzeitig ausgestellt  
und dann infolge des Krieges etwas lange  
liegen geblieben sind. Im übrigen können diese  
beiden Sachen ja ohne weiteres getrennt werden.  
Stv. Stephan: In einer der ersten Sitzungen  
dieses Jahres sind für Verbandstoffe bereits 24 000  
Mark bewilligt worden. Da nunmehr wiederum  
eine Nachforderung in bedeutender Höhe gestellt  
wird, legt mich der Umfang des Verbrauches in Er-  
staunen. Stv. Meinas: Auch ich muß meiner  
Verwunderung Ausdruck geben, daß die Kranken-  
haus-Deputation nicht gehört wurde, während sie  
sonst in jeder kleinen Sache herangezogen wird. In  
Zukunft muß ähnliches unterbleiben. Ich bitte  
ebenfalls, die Sache zu vertagen. Meßner Dr.  
Beder: Die Forderung für Verbandstoffe betrug  
im Vorjahr tatsächlich nur 3000 Mark. Im übrigen  
sind die Verbandstoffe noch weiter im Preise ge-  
stiegen. Zu den Ausführungen des Stv. Meinas  
ist zu bemerken, daß die Übergabe der Kranken-  
haus-Deputation mit dem Kranksein des Herrn  
Stadtrats Rittweger zu begründen ist. - Die Vor-  
lage wird hierauf verlegt mit dem Antrag, der Ma-  
gistrat wolle eine Übersicht über die einzelnen Titel  
zur Kenntnis der Versammlung bringen. - 23)  
Rechnungslegung der Kammerei-Kassens für das  
Rechnungsjahr 1915. Der Berichterstatter Stv.  
Scheidling führt hierzu aus, daß für Abschnitt  
Katharinenstraße 581,36 Mark erpariert, der Abschnitt  
Schönwalde wegen Restzahlung um 2064,94 Mark  
überschritten und für den Abschnitt Winkelnau 31,45  
Mark nachbewilligt sind. Der Rechnungslegung  
wird genehmigt. - 24) Bereitstellung von 1340,26  
Mark im Haushaltsplan der Restverwaltung für  
1918-19 zur Deckung der Mehrkosten beim Ausbau  
des Wohnhauses auf Wiesen Kämpfe. Infolge  
größerer Schäden, die erst nach Bewilligung des ur-  
sprünglichen Kostentitels von 3200 Mark festgestellt  
wurden, ergab sich der Mehrbetrag von 1340,26 Mk.,  
dessen Bereitstellung genehmigt wird. - 25) Die  
Nachbewilligung von 336,54 Mark zu Ausgabe-  
titel 3, 1a der Gartenverwaltung für den Wasser-  
leitungsausschuss des Chausseehauses Bromberg-  
straße, der durch Verlegen des vorhandenen Brün-  
nens angelegt werden mußte, wird genehmigt. -  
26) Nachbewilligung von 2500 Mark zu Ausgabe-  
titel 2, 1 der Kammereiverwaltung und von 400 Mk.  
zu demselben Titel der Polizeiverwaltung, bedingt  
durch das Steigen der Schreibmaterialienpreise,  
wird ebenfalls genehmigt. - Stv. Krause: Bei  
dieser Gelegenheit möchte ich auf die

#### Tätigkeit unserer Polizei

zurückkommen im Zusammenhang mit den sich in  
letzter Zeit erschreckend mehrenden Diebstählen.  
Man findet bei der Polizei, wie ich in einem mir  
persönlich widerfahrenen Falle feststellen mußte,  
nicht die Unterstützung, die ihre hauptsächlichste Auf-  
gabe, die Schaffung der Sicherheit für die Ein-  
wohner, zur Bedingung machen sollte. Als ich den  
Dieb, der mich heimlich in einem Geschäft fest-  
stellte und nach der Polizei um Festnahme tele-  
phonierte, erhielt ich von dem nachherigen Polizei-  
beamten auf der Polizeiwache Thoren wie auch  
auf der Polizeiwache Meiser den Bescheid, daß der  
betreffende Beamte nicht fort wäre, weil er alle-  
bei, und als nach einer Stunde endlich ein Polizei-  
beamter kam, war der Dieb weg. In der Stadt  
geht bereits die ständige Rede: Die Thoren Poli-  
zei verhält sich nur dann, wenn man ihr den In-  
terieur bringt! Die Beamten werden viel zu sehr zu  
Botengängen usw. verwendet, was unter allen Um-  
ständen abgelehrt werden muß. Unerlässlich ist  
auch die Aufstellung eines Polizeihundes, dessen  
bloße Anwesenheit eine massliche Abnahme der  
Diebstähle zur Folge haben würde. Oberbürger-  
meister Dr. Hesse: Von den Ausführungen des  
Stv. Krause ist leider vieles zurecht. Unsere  
Polizei ist nicht auf der Höhe, weil junge Kräfte

nicht zu haben und die älteren nicht mehr beweglich  
genug sind. Der Magistrat ist selbstverständlich be-  
reits, die Verhältnisse, sobald die Zeit gegeben ist,  
zu bessern. Stv. Dreger: Zu den Ausführungen  
des Stv. Krause bezüglich eines Polizeihundes ist  
festzustellen, daß ein solcher vorhanden war, jedoch  
vor dem Kriege gestorben ist. (Heiterkeit.) Stv.  
Gerlach: Die Entlastung der Beamten könnte  
doch einfach herbeigeführt werden, wenn die älteren  
Beamten, von denen der Herr Oberbürgermeister  
sprach, sich einer größeren Beweglichkeit befleißigen  
wollten und im übrigen für die Botengänge andere  
und billigere Kräfte genommen würden. Ober-  
bürgermeister Dr. Hesse: Daß die Polizeibeamten  
nur zu Botengängen verwendet werden, ist nicht ganz  
richtig; denn zu Ihren Obliegenheiten gehört, daß  
sie sich um die Lebensmittelverteilung in den Ge-  
schäften kümmern, daß sie die vielartigen und  
zahlreichen Zahlungen ausführen, Ermittlungen  
einholen usw. Das stellt doch eine gewaltige Be-  
lastung dar. Stv. Scheidling: Ich habe aber  
die Beobachtung, und zwar in meinem eigenen Be-  
triebe, gemacht, daß Ermittlungen, die leicht vom  
Medeamt zu erhalten, mit vieler Zeiterwsumnis  
von mir direkt eingeholt wurden. Das dürfte sich  
erübrigen. Oberbürgermeister Dr. Hesse: Das  
Medeamt ist auf freiwillige Angaben angewiesen;  
wenn hierin jeder gewissenhaft verfahren würde,  
würden die Ermittlungen durch die Polizei von  
selbst wegfallen. Stv. Scheidling: Dem muß  
ich widersprechen, denn in meinem Falle handelte  
es sich um eine richtig beim Medeamt vollzogene  
Abmeldung, die von der Polizei nochmals eingeholt  
wurde. Stv. Krause: Die Antwort auf meine  
Frage wegen Beschaffung eines Polizeihundes ist  
nicht gegeben worden. Daß für den eingegangenen  
Hund nicht rechtzeitig Ersatz beschafft wurde, ist sehr  
bedauerlich; denn daß es keine Hunde gibt, ist nicht  
zutreffend. Oberbürgermeister Dr. Hesse: Wir  
haben weder einen Beamten, der den Hund führen  
könnte, noch die Möglichkeit, ihn unterzubringen  
und zu füttern. Stv. Krause: Diese Einwände  
kann ich nicht gelten lassen. In jeder kleinen Stadt  
gibt es einen Polizeihund, warum gerade nicht in  
Thorn? Wo in den Familien sozial Luxus Hunde  
gehalten werden können, wird sich wohl auch das  
Kutten für den einen Hund aufbringen lassen.  
Wenn ein Beamter zur Führung des Hundes nicht  
vorhanden ist, muß eben jemand anders dafür ge-  
funden werden. Auch der Kanarkeis Lehn hat  
einen Polizeihund, der mit bestem Erfolge arbeitet.  
Oberbürgermeister Dr. Hesse: Ich wiederhole  
nochmals, daß ein Polizeihund nur dann einen  
Zweck hat, wenn er mit seiner Behandlung ver-  
trauter Beamter zur Verfügung steht. Ein Polizei-  
hund-Führer muß eine sehr eingehende Ausbildung  
haben; wir können aber niemanden entbehren, der  
sich in sechs Wochen die hierzu nötigen Kenntnisse  
erwirbt. Das läßt sich jetzt gar nicht durchführen. -  
27) Der Nachbewilligung von 194,34 Mark zu Aus-  
gabeposten 8 der Restverwaltung wird genehmigt,  
desgleichen - 28) der Nachbewilligung von 5000  
Mark zu den Ausgabeposten 1 und 2 der Kanal-  
isationsverwaltung und von 9500 Mark zu demselben  
Titel der Wasserwerksverwaltung. - 29) Die Zu-  
stimmung zur Verlängerung des Nachtbetriebs  
über den etwa 48 Hektar großen Platz zwischen der  
Grabenstraße und dem Wege zum Grömmühlent-  
teich mit der Firma Max Heilmann, A. Krause auf  
3 Jahre vom 1. April 1918 ab für einen Jahres-  
pachtzins von 800 Mark wird erteilt. Der Magi-  
strat fordert ursprünglich für 6 Jahre einen jähr-  
lichen Pachtzins von 1600 Mark; es kam dann eine  
Einsigung dahin zustande, daß der Pachtzins von 800  
auf 600 Mark bei einer Pachtdauer von nur drei  
Jahren festgelegt wurde. - 30) Die Nachbewilligung  
von 30 Mark zu Ausgabeposten 2 C 8 der Gemein-  
schaftsschulen Thoren-Meiser zur Anschaffung von Hei-  
nigungsmitteln wird genehmigt. - Stv. Bor-  
kowski: Vor einigen Monaten wurde für die  
Beschaffung von Winterkleidern für das Lyzeum  
und die Mädchenmittelschule ein namhafter Betrag  
bewilligt. Meine damals geäußerten Befürchtungen  
haben sich schon zu einem Teil, und zwar insofern,  
erfüllt, als die Kleider jetzt, mitten im Winter,

noch nicht angebracht sind. Ich hoffe, daß sich meine  
zweite Befürchtung bezüglich der minderen Qualität  
und Ausführung nicht auch bestätigt. Es wäre am  
zweckmäßigsten, die Kleiderstücke auf das  
nächste Jahr zurückzustellen. - 31) Nachbewilligung  
von 600 Mark zu Titel 2, 1 der Verwaltung des  
Jugendamtes. Berichterstatter Stv. Dreger:  
Das am 1. April d. Js. in Wirklichkeit getretene  
Jugendamt, das mit einem Etat von 600 Mark aus-  
gestattet wurde, hat durch stärkeren Verbrauch von  
Heiz- und Beleuchtungsmitteln, durch die umfang-  
reichen Neueinrichtungen usw. eine Überschreitung  
von 600 Mark aufzuweisen. Der Nachbewilligung  
dieser Summe wird zugestimmt. Stv. Paul: Es  
ist zu überlegen, eine Kommission gewählt worden  
zur Überwachung im Jugendamt, die aber bis heute  
noch nicht in Tätigkeit getreten ist. Hoffentlich läßt  
der Herr Dezernent recht bald eine Einladung an  
die Kommission ergehen; denn wenn man sie wäh-  
len läßt, soll man sie auch ihrem Wirkungsbereich  
führen. Stadtrat Dr. Gerlach: Den Wunsch  
des Stv. Paul hätte ich gern erfüllt, aber höhere  
Gewalt in gewissem Sinne ließ mich nicht dazu  
kommen. Infolge starker Arbeitsüberlastung durch  
die Regelung der überaus schwierigen Brennstoff-  
versorgung war ich gezwungen, das mir lieb-  
gewordene Amt Herrn Meßner Dr. Beder zu über-  
tragen; ich habe lediglich die Säuglingsfürsorge  
weiterbestehen können und noch die Unterbringung  
von 190 Stadtkindern auf dem Lande geleitet. Trotz-  
dem will ich jederzeit nach Kräften die Organisation  
des Jugendamtes fördern und hoffe, die Kommission  
im Januar einberufen zu können. Ich hatte bei  
Übernahme des Brennstoff-Dezernats den Eindruck,  
daß Thoren vor einer Katastrophe stünde, die aber  
glücklich abgewendet worden ist. - 32) Zustimmung  
zur Gewährung von

#### Kriegsteuerungszulagen

an die im Ruhestande befindlichen städtischen Be-  
amten und Lehrer der höheren und mittleren städt.  
Schulen und an die Hinterbliebenen vom 1. Juli  
1917 an. Berichterstatter: Nachdem der  
Staat auch die im Ruhestande befindlichen Beamten  
und Lehrer, sowie deren Hinterbliebenen mit einer  
einmaligen Kriegsteuerungszulage bis zum Höchst-  
betrage von 100 Mark bedacht, hatte der Magistrat  
eine dauernde jährliche Beihilfe von 120 Mark in  
Aussicht genommen. Inzwischen sind die Verhält-  
nisse anders geworden, und die Stadt hat nach den  
staatlichen Grundzügen eine Zuwendung an ihre im  
Ruhestande befindlichen Beamten und Lehrer der  
höheren und mittleren städtischen Schulen und  
deren Hinterbliebenen von 30 Prozent des sonst in-  
frage kommenden Gehalts beschlossen. Die aufge-  
stellte und nach gemeinsamer Beratung im Aus-  
schuss angenommene Liste zählt 182 Personen, was  
einem Aufwand von rund 11 000 Mark gleichkommt.  
Da in manchen Fällen eine Abweichung von den  
zugrunde gelegten 30 Prozent angebracht sein kann,  
so z. B. bei besonderer Ungunst der Verhältnisse,  
eines Pensionärs durch Veräußerung der Beihilfe,  
so möchte sich der Magistrat nicht fest an diese  
30 Prozent binden. Der Ausschuss ist damit ein-  
verstanden, macht aber den Vorschlag, daß jeder be-  
sondere Fall der Abweichung der Stadtverordneten-  
versammlung mitzuteilen ist. Die Vorlage wurde  
mit diesem Zulage einstimmig angenommen. -  
Schluß der öffentlichen Sitzung um 8 Uhr.

In geheimer Sitzung wurden die Umzugskosten  
für mehrere an städtische Schulen berufene Lehr-  
personen bewilligt. Ferner wurde die Gewährung  
von 10 Prozent des Jahresgehalts an die volles-  
schäftigten Lehrkräfte der Wessenshörsen höheren  
Mädchenschule als Kriegszulage beschlossen und von  
der Anstellung des Ingenieurs Walter Jahr aus  
Samborn als Betriebsingenieur für die Kanal-  
isations- und Wasserwerksverwaltung vom 1. Januar  
1918 an und Zustimmung zur Festsetzung seines Be-  
soldungsdenkalters auf den 1. Januar 1909, sowie  
von der Anstellung des Schuldieners Rudolf Schu-  
bert mit Beamteneigenchaft und Ruhegehalts-  
berechtigung vom 1. Oktober 1917 an gegen drei-  
monatige Kündigung Kenntnis genommen.  
Schluß 8 1/2 Uhr.

#### Stellenangebote

- 1. **Bedient. Hausburche**  
oder älterer Mann, auch Kriegsbeschä-  
digter, von sofort gesucht.  
Bürgerstraße 1.
- 2. **Arbeitsmädchen**  
gesucht Dr. Wilhelm Herzfeld,  
Thoren-Meiser.
- 3. **Ernähre Haushälterin**  
für 2 Stunden täglich, von 7-9 Uhr  
morgens gesucht. Meierstr. 189, 4. L.
- 4. **Haushälterin**  
Wollstr. 61, 1. L.
- 5. **Jüngeres Mädchen**  
wird zu mieten gesucht.  
Verlänger 6, rechts.
- 6. **Ein Sammelmädchen**  
von sofort gesucht.  
Mintze,  
Sternstraße.

#### Zu verkaufen

- Hausgrundstück**  
Freut nach 2 Straßen, nahe der Weich-  
sel mit großem Speicher, für Industrie-  
zwecke geeignet, ist sofort billig zu ver-  
kaufen.  
Angebot unter R. 2877 an die  
Geschäftsstelle der „Bresse“.
- Arbeitsmädchen**  
70 Morgen Weizenboden, 8 Hektar  
mit Thoren und 2 Hektar mit 2 Hektar  
Kornen entfernt, neue Gebäude, Lehen-  
den mit 1000 Kubikmeter, überaus gepflanz-  
ter, 1000 Kubikmeter, 1000 Kubikmeter  
Angebot sofort zu verkaufen.  
Angebot unter R. 2877 an die  
Geschäftsstelle der „Bresse“.
- Arbeitsmädchen**  
ein wenig gebrauchter  
Ehlich  
find zu verkaufen. Lewin, Runderbeim.

#### Gausgrundstück

In Meiser, mit ca. 2 Morgen großem  
Obstgarten und Gemüsegarten, bei 3-4000  
Mk. anz. tranthaltigster zu verkaufen.  
Angebot unter R. 2885 an die  
Geschäftsstelle der „Bresse“.

#### Stadigrundstück

1 bis 2000 Mk. anz., billig sofort zu  
verkaufen.  
Poplawski,  
Thoren-Meiser, Wollstr. 6.

#### Ein Reisepelez

zu verkaufen. Zu erfragen in der Ge-  
schäftsstelle der „Bresse“.

#### Damenpelez

Größe 44, preiswert zu verkaufen.  
Verlänger 27, 3.

#### Weißer Pelzragen und Anst,

Herrnpelez und Mäde, Fußsack  
zu verk. Mintze, Sternstraße 30.

#### Saft neue Nähmaschine

ist zu verkaufen. Angeb. unter R. 2883  
an die Geschäftsstelle der „Bresse“.

#### Ein Chaiselongue mit Decke

fast neu, zu verkaufen.  
Wo, sagt die Geschäftsst. d. „Bresse“.

#### Stello mit Futteral

für 125 Mark abzugeben. Fernruf 376.

#### Marmorpl. für Spiegel und ein Polypbon mit 20 Pl.

verkauft. Sternstraße 10, 2.

#### Eine hochtragende Kuh

ist zum Verkauf bei  
W. Neuer, Andak b. Thoren 2.

#### zwei 3 Monate alte Zückerchweine, 9 Monate alte Züge.

Wollstr. 20, 2. Etz.

#### Sattel mit Zubehör

gebraucht, billig zu verkaufen.  
Angebot unter R. 2877 an die  
Geschäftsstelle der „Bresse“.

#### Drehrolle

zu verkaufen. Preuss, Parkstr. 10.

#### Stute und ein Fohlen

17 Jahre alt, stehen zum Verkauf bei  
H. Mey, Ostschloß.

#### Zu kaufen gesucht

Eine echte Krimmergarnitur,  
gebraucht, wird gesucht.  
Angebot unter R. 2886 an die Ge-  
schäftsstelle der „Bresse“.

#### Ein Chaiselongue mit Decke

zu kaufen gesucht. Angebote  
Schillerstraße 21, 2.

#### 1 Chaiselongue u. 1 Rückenstuhl

zu kaufen gesucht. Geb. Angebote erb.  
u. G. 2882 an die Gesch. der „Bresse“.

#### Aleiderstrank

zu kaufen gesucht. Angebote unter J. 2884 an die Ge-  
schäftsstelle der „Bresse“.

#### Gebr. H. Wandstränken oder Stagere mit 2-3 Stufen

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter F. 2881  
an die Geschäftsstelle der „Bresse“ erbeten.

#### 1 auter. Phonograph mit Platten

zu kaufen gesucht. Angebote unter E.  
2880 an die Geschäftsstelle der „Bresse“.

#### Dezimalkilowe, gebraucht

zu kaufen gesucht. Buchholz, Gläser.

#### Wohnungsangebote

**Baden,**  
Eisenbahnstraße 2, zu jedem Geschäft  
geeignet, vom 1. 12. zu vermieten,  
evtl. Haus zu verkaufen.

**A. Weimann, Eisenbahnstr. 2.**  
2 Zimmer und Küche von Sonntag an zu  
vermieten. Sternstr. 2, 4 Trp.

**2 gut möbl. Zimmer,**  
Bad, Gas, Küchenb., sofort zu verm.  
Wollstr. 7, 3. Bldstr. v. 2-4/1, 11.